



medico international

rundschreiben

01 | 12

www.medico.de

TAHRIR
SQUARE EC4M

CITY OF WESTMINSTER



THE
IMF
is our
GLOBAL
MUBARAK

US...
...
...
...
...



Inhalt

Editorial.....	2
Kommentar.....	4
Griechenland.....	6
Interview mit Elmar Altvater.....	9
Israel/Palästina.....	12
Syrien.....	16
Projekte – Projektionen.....	22
Pakistan.....	24
Haiti.....	29
medico aktiv.....	33
El Salvador.....	35
Symposium stiftung medico international.....	38
medico Materialliste	40
Service/Impressum	42

Titelseite: „Man muss sich verschulden, um ein Leben zu leben, das mehr ist als bloßes Überleben“, sagte der Anthropologe David Graeber während einer Versammlung von Occupy London am britischen Tahrir-Platz, vor der Kathedrale St. Paul. Foto: Reuters

Liebe Leserinnen und

vielleicht erinnern Sie sich noch. Vor zwei Jahren titelten wir: Disaster's coming home. Das stand auf unserem Titelbild unter einer ölverschmierten Flutwelle. Die Welle verhiess, dass die Natur den Dreck wieder an Land spült, den die Menschheit verursacht. Nur was lernt die Menschheit daraus? Zwei Jahre nach einer der größten Umweltkatastrophen in der Geschichte der Erdölförderung hat BP, die verantwortliche Firma, Entschädigungen in Millionenhöhe bezahlt und eine außergerichtliche Einigung durchgesetzt. Niemand wird wirklich für eine Katastrophe haftbar gemacht, die über Generationen hinweg Folgen haben wird. Die Gewinne und Renditen von BP sprudeln dagegen wie eh und je – als sei nie etwas passiert. Das Verursacherprinzip ist in der Welt der deregulierten Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt. Das gilt erst recht für Verursacher der Finanzkrise, die immer mächtiger werden und nun im Süden Europas direkt regieren. Mit katastrophalen Folgen für die, die stattdessen haften müssen. In Griechenland und anderen europäischen Ländern bekommt das die Bevölkerung gerade zu spüren. Sie sehen sich einer Schocktherapie ausgesetzt, die bislang der sogenannten Dritten Welt vorbehalten war.

Strukturanpassungsprogramme nannte man sie früher, heute bezeichnet man sie euphemistisch als Rettungspakete. Professor Elmar Altvater erläutert im Interview auf den Seiten 9-11 Hintergründe dazu. Damals wie heute, so Altvater, würden die Strukturen nur an eines angepasst – ans Bedienen der Kredite. Die

Leser ,

lokalen Ökonomien werden dagegen zugrunde gewirtschaftet. Jetzt gilt für einen Teil Europas, was bislang für den globalen Süden galt. In die Bresche sollen die Hilfsorganisationen springen. Auch bei medico riefen bereits Journalisten an und fragten, was wir für die rasant verarmte Bevölkerung tun würden. Eine Handlungsoption möchten wir Ihnen mit dem Aufruf anbieten, der von französischen Intellektuellen ausgeht und der die maßgeblich von Merkel und Sarkozy ausgehenden Austeritätsmaßnahmen gegen Griechenland mit scharfer Analyse kritisiert. Disaster's coming home. In Griechenland findet das vor unseren Augen statt.

Hilfe ist in solchen Katastrophen nötig, sie kann jedoch die Ursachen der Not nicht beseitigen. Diese Grundaussage, die medico immer wiederholt, ist keineswegs Ausdruck von Hoffnungslosigkeit, sondern verweist darauf, dass nur die Öffentlichkeit, die Selbstermächtigung der Betroffenen, Bewegungen von unten politische Veränderungen einleiten können, die an den Ursachen von Not und Elend etwas ändern. Seit dem erfolgreichen Aufstand des Tahrir-Platzes vor über einem Jahr ist das eine Welterfahrung geworden, die sich verbreitet. In Syrien bezahlen viele Menschen mit ihrem Leben, um eine andere Politik zu erreichen. Hier wie in Ägypten sind es Ärzte, die eigentlich aus einer saturierten Mittelschicht kommend, sich entscheiden und auf der Seite der Demonstrantinnen und Demonstranten helfen und Menschenle-



Shopping Mall in San Francisco, USA.

ben unter den extremsten Bedingungen retten. Ein Bericht unseres syrischen Partners (Seite 21) gibt Aufschluss, wie das geschieht. Im vorangestellten Interview erläutert der libanesischer Politikwissenschaftler Fawwas Traboulsi Ursachen und Hintergründe der syrischen Ereignisse. Für medico kann es da nur einen Platz geben, an der Seite derer, die sich für ein freies, demokratisches und sozial gerechtes Syrien einsetzen.

Während wir uns im ersten Teil des Heftes mit den akuten Ereignissen beschäftigen, finden sie im hinteren Teil Arbeiten an den Alternativen: mit unseren Projektpartnern in Pakistan, die dem Klischee einer islamistisch-fundamentalistischen Welt so sehr widersprechen; mit den Gesundheitskomitees in El Salvador, die eine wirkliche Reform zugunsten der Ärmsten und Ausgegrenzten durchsetzen; mit dem globalen Gesundheitsnetzwerk, dem medico angehört und das Globale Gesundheit neu denkt und Wege zu seiner Realisierung diskutiert. Wenn Auferstehung und Aufstand gemeinsame Sprachwurzeln haben, dann ist das wohl ein österliches Rundschreiben geworden.

Herzlichst Ihre

Enthemmte Ökonomie

Über die Amoralität der herrschenden Vernunft

Von Thomas Gebauer

Eine Nachricht macht die Runde, die eigentlich den Verfassungsschutz auf den Plan rufen müsste, sollte es ihm wirklich darum gehen, die Grundfesten der Gesellschaft zu schützen. Ende Januar 2012 vermeldet „Standard & Poor’s“, dass aufgrund der Überalterung der Bevölkerung in vielen G-20-Ländern, insbesondere in Europa, die Gesundheitsaufwendungen wachsen würden und deshalb einige dieser Länder schon bald in ihrer Kreditwürdigkeit herabgestuft werden könnten. Ihre unverhohlene Drohung verbindet die unterdessen notorisch bekannte Rating-Agentur mit der Empfehlung, die Regierungen müssten endlich entschlossen nicht nur die Renten senken, sondern auch die Gesundheitsausgaben anpacken.

Etwa zeitgleich macht eine große deutsche Bank von sich Reden, die offenbar schon länger mit der Gesundheit der Menschen spekuliert, genauer: mit dem größer werdenden Risiko, das Lebensversicherungsgesellschaften für den Fall eingehen, dass den Versicherten ein langes Leben beschieden sein sollte. Dieses Risiko, „langes Leben“, hat die Bank den Versicherern abgekauft, um es als verbrieftes Zertifikat an potentielle Anleger weiterzuverkaufen. Deren Rendite – und damit auch der Umsatz der Bank – steigert sich in dem Maße, wie die Versicherten früher sterben – was bei sinkenden Renten- und Gesundheitsaufwendungen zumindest wahrscheinlicher ist.

Die Dinge, so ist bei aller Empörung festzustellen, entbehren nicht einer gewissen Logik. Es ist die Logik einer Vernunft, die längst das aus dem Blick verloren hat, was sie einmal angetrieben hat: die Idee der Aufklärung, die ursprünglich darauf zielte, die Menschen aus einer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien. Der aufgeklärte Mensch, so wollte es Immanuel Kant, verträgt keine ihm äußerliche Autorität; er solle einzig seinen Verstand nutzen, selbstbestimmt und unabhängig jedweder Zwänge, zum Wohle eines friedvollen Zusammenlebens.

Kants Hoffnung auf eine Moralität, die aus aufgeklärter Vernunft entspringe, hat sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist heute der Fall. Wenn ausgerechnet die klügsten Köpfe eines Landes mit Phantasiegehältern in Jobs gelockt werden, die nur die Aufgabe haben, noch die letzten Reste menschlicher Subjektivität der Berechenbarkeit und dem Nützlichkeitsdenken der Ökonomie zu unterwerfen, wenn sich wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten dazu hergeben, das intellektuelle Vermögen junger Menschen in eben solche Bahnen zu lenken, dann ist die Vernunft, und sei sie noch so blitzgeschneid, amoralisch geworden. Einer, der es wissen muss, lässt daran keinen Zweifel. Derivate – und dazu

zählen Finanzprodukte, wie die Spekulation mit dem Bedürfnis nach würdigem Wohnraum, der Entwicklung von Nahrungsmittelpreisen oder eben dem Risiko: „langes Leben“ – seien, so der Investment-Banker Warren Buffett, nichts anderes als „Massenvernichtungswaffen“.

Die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils, erkannten Max Horkheimer und Theodor W. Adorno bereits 1944 in ihrem Hauptwerk, der „Dialektik der Aufklärung“. Aufklärung scheitert, weil sich Aufklärung, verstanden als rationale Beherrschung von Natur, ihrerseits in Herrschaft verwandelt habe: eine Herrschaft, die sich den Menschen nunmehr allerdings als rationales Prinzip zeige, als eine scheinbar wissenschaftlich begründete Weltherrschaft, als technologische

**Der Glauben
an den
wohlwollenden
Markt, der
alles regle,
ist die letzte
Metaphysik
der Moderne**

und ökonomische Zwangsläufigkeit, die mit abstrakter Logik darauf dränge, die Menschen, ihr Denken und jede ihrer Regungen so zu standardisieren und zu versachlichen, dass sie berechenbar und dem Wirtschaftsgeschehen verfügbar werden.

Nicht ein Wort ist an solchen düster anmutenden Sätzen übertrieben, wenn der Blick auf eine Entwicklung fällt, die eben dieses Verfügbarmachen zum ersterbenswerten Ziel erhebt. Damit junge Menschen, allzumal die schwierigen Jungs, nicht länger stören, sondern glatt und brav werden, um schließlich ganz vorne mitschwimmen zu können, werden sie immer häufiger mit Pillen vollgestopft. Methylphenidat (MPH) heißt der Stoff, aus dem das heute aus keiner Schule mehr wegzudenkende „Ritalin“ gemacht wird und dessen Verbrauch seit den 1990er Jahren von 34 kg auf 1,8 Tonnen im Jahr angestiegen ist. Medizinisch lässt sich diese Form der Naturbeherrschung nicht mehr erklären. Rational ist sie nur aus Sicht politischer und wirtschaftlicher Interessen, die auf Vereinheitlichung und Manipulation setzen. Derart entpuppt sich Fortschritt als Zerstörung. An die Stelle von Befreiung aus Unmündigkeit tritt die Unterwerfung unter das Diktat einer Rationalität, die weder von Tradition, noch von Gesetz oder Moral kontrolliert wird, weil nichts mehr von dem, was Gesellschaften früher zusammengehalten hat, übrig geblieben ist.

Es gelte das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen, heißt es heute mit Blick auf die Gefahren, die in dem um sich greifenden Krisengeschehen der vollends enthemmten Ökonomie lauern. Allabendlich berichten Reporter von einem Börsengeschehen, das sie nicht mehr zu erklären wissen. Allgegenwärtig die Unterwerfung unter einen neuerlichen Mythos, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Der Glauben an den wohlwollenden Markt, der alles regle, aber ist die letzte "Metaphysik der Moderne", so der Kulturwissenschaftler Joseph Vogl in seinem kürzlich erschienenen Essay „Das Gespenst des Kapitals“. Wer verhindern will, das die Erde weiter ins Unheil steuert, sollte auf eine Säkularisierung der Wirtschaftswissenschaften drängen. Veränderung, das steht fest, bedarf zuallererst der Zurückweisung einer instrumentellen Vernunft, die in ihrer Ausrichtung auf ökonomische Nützlichkeitsbewertung selbst irrational und dumm geworden ist. ■

Es gelte das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen, heißt es heute mit Blick auf die Gefahren, die in dem um sich greifenden Krisengeschehen der vollends enthemmten Ökonomie lauern. Allabendlich berichten Reporter von einem Börsengeschehen, das sie nicht mehr zu erklären wissen. Allgegenwärtig die Unterwerfung unter einen neuerlichen Mythos, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Der Glauben an den wohlwollenden Markt, der alles regle, aber ist die letzte "Metaphysik der Moderne", so der Kulturwissenschaftler Joseph Vogl in seinem kürzlich erschienenen Essay „Das Gespenst des Kapitals“. Wer verhindern will, das die Erde weiter ins Unheil steuert, sollte auf eine Säkularisierung der Wirtschaftswissenschaften drängen. Veränderung, das steht fest, bedarf zuallererst der Zurückweisung einer instrumentellen Vernunft, die in ihrer Ausrichtung auf ökonomische Nützlichkeitsbewertung selbst irrational und dumm geworden ist. ■

Rettung vor den Rettern

Griechenland als Experimentierfeld für die Zerstörung von Gesellschaftlichkeit

In eben dem Moment, in dem jeder zweite jugendliche Grieche arbeitslos ist, in dem 25.000 Obdachlose durch die Straßen von Athen irren, in dem 30% der Bevölkerung unter die Armutsschwelle gefallen sind, in dem Tausende von Familien dazu gezwungen sind, ihre Kinder zur Arbeit zu schicken, damit sie nicht vor Hunger und Kälte sterben, in dem die neuen Armen und die Flüchtlinge sich auf den öffentlichen Müllhalden um die Abfälle streiten – in eben diesem Moment zwingen die „Retter“ Griechenlands unter dem Vorwand, dass die Griechen „sich nicht hinreichend Mühe geben“, diesem Land einen neuen Hilfeplan auf, der die verabreichte tödliche Dosis noch einmal verdoppelt.

Das Ziel dieser Operation kann gar nicht die „Rettung“ Griechenlands sein: Es geht darum Zeit zu gewinnen, um die Gläubiger zu retten, während zugleich das Land in einen zeitverschobenen Konkurs getrieben wird. Und es geht vor allem darum, aus Griechenland – mit der aktiven Kollaboration seiner herrschenden Klasse – das Laboratorium einer gesellschaftlichen Veränderung zu machen, die dann in einem zweiten Schritt auf ganz Europa verallgemeinert werden wird. Das auf dem Rücken der Griechen experimentierte Modell ist das einer Gesellschaft ohne öffentliche Dienste, in



Schuldenschnitt heißt Rentenschnitt: Griechische Rentenfonds, in die Arbeiter jahrelang Geld eingezahlt hatten, sind jetzt weniger als die Hälfte wert. Demonstration in Athen, 2011.

der die Schulen, die Kliniken und die Abgabestellen für Medikamente zu Ruinen verfallen, in der Gesundheit zu einem Privileg der Reichen wird (...).

Damit diese Offensive des Neoliberalismus aber ihre Ziele erreichen kann, muss ein Regime eingesetzt werden, dass die elementarsten demokratischen Rechte schlichtweg einspart. Wir müssen zusehen, wie in Europa auf Anweisung der Retter Regierungen von Technokraten gebildet werden, die sich einen

Dreck um die Volkssouveränität kehren.
(...)

Zugleich bereitet die Europäische Union die Einrichtung eines Sperrkontos vor, auf das die Hilfen für Griechenland direkt überwiesen werden sollen, so dass sie einzig und allein für den Schuldendienst



Foto: Reuters

eingesetzt werden. Die Einkünfte des Landes sollen mit „absoluter Priorität“ für die Rückzahlungen an die Gläubiger eingesetzt werden und nötigenfalls direkt auf dieses von der Europäischen Union verwaltete Konto überwiesen werden. Das Abkommen legt fest, dass jede neue Schuldverschreibung, die in seinem Rahmen aufgelegt wird, dem englischen Recht unterliegt, das materielle Garantien vorsieht, und dass alle Streitfragen von den Gerichten in Luxemburg entschieden werden sollen, da Griechen-

land auf jeden Einspruch gegen von den Gläubigern beschlossene Pfändungen im Vorhinein verzichtet hat. Um das Bild abzurunden, werden auch noch die aufgelegten Privatisierungen einer von der Troika verwalteten Kasse übertragen, bei der die Eigentumstitel der öffentlichen Güter deponiert werden. Kurzum, es geht um eine ganz allgemein durchgeführte Plünderung, also um den eigentümlichen Zug des Finanzkapitalismus, der sich hier eine schöne institutionelle Bestätigung leistet. In dem Maße, wie hier dann Käufer und Verkäufer auf derselben Seite des Tisches sitzen werden, kann es keinen Zweifel daran geben, dass dieses Privatisierungsunternehmen sich zu einem wahren Festmahl für diejenigen (seien es nun Griechen oder Ausländer) entwickeln wird, welche die öffentlichen Unternehmen übernehmen.

Nun haben alle bisher ergriffenen Maßnahmen nur zu dem Ergebnis geführt, dass der griechische Staat immer tiefer in seinen Schulden versunken ist und dass die griechische Staatsschuld – mit der Hilfe der Retter, die Geld gegen Wucherzinsen verleihen – geradezu explodiert ist und sich jetzt im freien Fall den 170% des BIP annähert, obwohl sie doch 2009 nur bei 120% lag. Es können Wetten darauf abgeschlossen werden, dass diese ganze Schar von Rettungsplänen – die jedesmal als die „allerletzten“ dargestellt werden – kein anderes Ziel verfolgt, als die Position Griechenlands immer weiter zu schwächen. (...) Die künstlich herbeigeführte Verschärfung des Verschuldungsproblems ist so eine Waffe, um eine ganze Gesellschaft im Sturmangriff zu erobern. (...)

Angesichts dieses organisiert vorgetragenen Angriffs auf die Gesellschaft und

angesichts der Zerstörung der letzten Inseln der Demokratie, rufen wir unsere Mitbürger, unsere französischen und europäischen Freunde dazu auf, laut und deutlich ihre Stimme zu erheben. Den Experten und den Politikern darf nicht das Monopol des Wortes überlassen werden. Kann uns denn die Tatsache gleichgültig lassen, dass auf Verlangen insbesondere der deutschen und französischen Staatsführung den Griechen in Zukunft freie Wahlen verboten werden sollen? Verlangt die systematische Stigmatisierung und Verleumdung eines europäischen Volkes etwa keine Antwort? Ist es denn überhaupt möglich, gegen die institutionelle Ermordung des griechischen Volkes nicht seine Stimme zu erheben? Und kann man denn Still-schweigen bewahren angesichts der gewalttätigen Durchsetzung eines Systems, das den Gedanken der sozialen Solidarität als solchen aus der Rechtsordnung verbannt?

Wir befinden uns an einem Wendepunkt, von dem kein Weg mehr zurückführt. Es ist dringend geboten, den Krieg der Worte und der Zahlen auch von uns aus zu führen, um der ultraliberalen Rhetorik entgegenzutreten, die Angst und Fehlinformationen verbreitet. (...)

Technische Lösungen, mit denen man die Alternative „entweder Zerstörung der Gesellschaft oder Bankrott“ (was in Wirklichkeit, wie man heute sieht, bedeutet „sowohl Zerstörung der Gesellschaft als auch Bankrott“) vermeiden kann, sind schon vielfach vorgeschlagen worden. Alle müssen auf den Tisch, wenn darüber nachgedacht wird, wie ein anderes Europa aufgebaut werden kann. Aber zunächst einmal steht es an, das Verbrechen anzuzeigen und die Lage vollstän-

dig ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, in der sich das griechische Volk heute aufgrund der „Hilfspläne“ befindet, die von und für die Spekulanten und Gläubiger erdacht worden sind. (...) Warten wir also nicht länger, schreiben wir immer mehr Artikel, ergreifen wir in den Medien das Wort, setzen wir Debatten in Gang, wo immer sie stattfinden können, starten wir Volksbegehren und Demonstrationen. Jede Initiative ist hier willkommen, jede Initiative dringend nötig. Wir selber ergreifen hiermit die Initiative für ein europäisches Komitee der Intellektuellen und Künstler, das der Solidarität mit dem griechischen Volk in seinem Widerstand dient. Wenn wir das nicht tun, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann dann? ■

- Vicky Skoumbi, Chefredakteurin der Zeitschrift ‚aletheia‘, Athen
- Michel Surya, Direktor der Zeitschrift ‚Lignes‘, Paris
- Dimitris Vergetis, Direktor der Zeitschrift ‚aletheia‘, Athen

Und: Daniel Alvaro, Alain Badiou, Jean-Christophe Bailly, Étienne Balibar, Fernanda Bernado, Barbara Cassin, Bruno Clément, Danièle Cohen-Levinas, Yannick Courtel, Claire Denis, Georges Didi-Hubermann, Roberto Esposito, Francesca Isidori, Pierre-Philippe Jandin, Jérôme Lèbre, Jean-Clet Martin, Jean-Luc Nancy, Jacques Rancière, Judith Revel, Elisabeth Rigal, Jacob Rogozinski, Avital Ronelli, Ugo Santiago, Beppe Sebaste, Michèle Sinapi, Enzo Traverso, Frieder Otto Wolf u.a.

Der gesamte Text des Aufrufes befindet sich auf der medico-Webseite und kann dort auch unterzeichnet werden.
www.medico.de/griechenland

Sparend in die Krise

Warum die brutale Austeritätspolitik des Washington-Konsensus nun in Europa zur Anwendung gebracht wird

Ein Interview mit Elmar Altvater*



Foto: Privat

Die Schuldenkrise ist zurück. In den 1980er Jahren hatte sie ihren sichtbaren Höhepunkt in den Ländern des Südens, nun betrifft sie den Norden. Überrascht Sie das?

Elmar Altvater: Das überrascht mich überhaupt nicht. Denn die Schuldenkrise in den 1980er Jahren in der sogenannten Dritten Welt war die Folge eines Anlagebooms, der durch die Ölkrise mit dem Petrodollar entstand. Die Dritte-Welt-Länder kamen an scheinbar billige Kredite, weil das amerikanische Bankensystem die Petrodollars in die Dritte Welt recycelt hat. Irgendwann waren die Länder in der Dritten Welt aus vielen Gründen – der wichtigste war die Aufwertung des US-Dollars als Folge der Hochzinspolitik unter Reagan – nicht mehr in der Lage die Schulden zu bedienen. Dann kam es zu dem „Washington-Konsens“. Der legte fest, dass die Schuldnerländer

wieder in die Lage versetzt werden müssen, die Schulden zu bedienen, und zwar durch eine brutale Austeritätspolitik. Der IWF gehört auch deshalb zur Troika, weil er die Expertise mitbringt, wie man Schuldnerländer knebeln kann. So fällt uns der Washington-Konsens heute wieder vor die Füße. Mich wundert die Rückkehr der Schuldenkrise auch deshalb nicht, weil das Geldvermögen trotz der Krisen nach wie vor vorhanden ist und nach Anlagen sucht. Nun ist Europa dran. Da das alles ungleichzeitig wirkt, sind einige Länder besonders betroffen. In diesem Fall eben Griechenland.

Nach der Schuldenkrise in den 1980er Jahren sah es so aus, als hätten Weltbank und IWF aus den desaströsen Folgen ihrer Austeritätsprogramme in den Ländern des Südens gelernt. Sind alle Lehren perdu?

Lernprozesse haben manchmal pathologische Abläufe. In sonnigen Zeiten waren diese Institutionen lernfähig, weil die Austeritätsmaßnahmen nicht angewendet werden mussten. Da sprachen die Direktoren dieser Einrichtungen schon vom „Post-Washington-Konsens“. Das war vom Norden aus betrachtet, eine etwas freundlichere Art und Weise, wie man mit den Ländern des Südens umgeht. Aber jetzt in der Krise werden die

alten Methoden und Modelle wieder angewendet. Die Schuldnerländer werden stranguliert. Es zahlt die Bevölkerung, während viele reiche Griechen auf der Seite der Gläubiger sitzen. Es passiert das Gleiche wie in den 1980er Jahren: Man macht die Schuldner mit einer radikalen Austeritätspolitik wieder schulden dienstfähig. Den Politikern ist keine Alternative eingefallen. Vielleicht gibt es auch keine, die nicht das ganze System in Frage stellt. Denn die einzige Alternative bestünde darin, die Gläubiger zu zwingen, die Schulden zu erlassen.

Man hat sich angewöhnt, den kritischen Diskurs in Frage zu stellen, der in der neoliberalen Entschuldung eine wesentliche Ursache für die anhaltende Krise in vielen subsaharischen Ländern Afrikas sah. Stattdessen wurden die „korrupten Systeme“ beschuldigt. Aus Schulden wurde selber schuld. Sind manche „althergebrachten Ansichten“ doch wieder aktuell?

Mit der Austeritätspolitik gibt es keinen Weg aus der Krise. Den kann es nicht geben, weil sie immer dazu führt, die Binnennachfrage zu verringern. Daraus entsteht eine Kettenreaktion, ein Strudel, der alles nach unten zieht. Das ist ökonomisch unvermeidlich. Soziale und ökonomische Strukturen müssen ans Schuldenniveau angepasst werden. An nichts sonst. Dabei gab es viel Anpassungs- und Modernisierungsbedarf in der Bildung, im Gesundheitswesen, in den demokratischen und staatlichen Institutionen. Das interessiert die Gläubiger aber nicht. Auch in dem „europäischen Haus“, von dem Gorbatschow einmal sprach, bedarf es dringend der Modernisierungen. Die müssten in Ausgleichsfinanzierungen bestehen. Denn es kann nicht

sein, dass die Reichen in der Beletage Europas gut leben und im Keller die Armut wohnt. So wird der Kontinent explodieren.

Worin besteht der Unterschied zwischen den Schuldenkrisen der Vergangenheit und heute in Europa?

Die Gefahr, dass diese Krise irgendwann alle betrifft, ist in Europa viel größer als in früheren Krisen. In der Schuldenkrise der 3. Welt wurde jedes Land, Fall für Fall, behandelt. Die Gläubiger taten sich im Rahmen der Bretton Woods Institutionen zusammen, während die Schuldner einzeln verhandeln mussten. Damit wurde aber ein großer Crash weitestgehend vermieden. Divide et impera – war da die Devise. Aber das ist in Europa wegen des Integrationsprojektes nicht möglich. Die europäischen Schuldnerländer haben zum Beispiel keine eigene Währung. Deshalb kann man die nationale Währung nicht abwerten, was erhebliche Folgen für die großen und kleinen Vermögen in lokaler Währung hatte. Im Euro-Raum erfolgt die Abwertung durch die Senkung der Lohnstückkosten. Das heißt die Lohnkosten müssen gesenkt werden, da ein großer Produktivitätsschub zur Senkung der Lohnstückkosten nicht zu erwarten ist. Es wird einen massiven Druck auf die Arbeitslöhne im Euro-Raum zur Folge haben. In jedem Fall wird das Sozialprodukt in riesigen Dimensionen verbrannt, um den Schuldendienst zu leisten. In Argentinien beispielsweise sind die Menschen in der Schuldenkrise im Jahr 2000 um 50 Prozent ärmer geworden.

Kann man an den lateinamerikanischen Beispielen, die Schuldenkrise zu überwinden, lernen?



Argentinien hatte gar keine andere Wahl als den Schuldendienst einzustellen. Am Ende mussten die Gläubiger im Falle Argentiniens den Schuldenschnitt akzeptieren. Aber so lange man irgendwie die Schuldner auspressen kann, wird man nichts unversucht lassen. Die Brutalität des Systems aus Gläubigern und Schuldnern ist heute genauso heftig wie vor 2000 Jahren.

Könnte denn Griechenland einen solchen Schritt wie Argentinien unternehmen?

Diese Wahl haben die Griechen nicht, weil wir einen gemeinsamen Euroraum haben. Hier muss jede Lösung von allen mitgetragen werden. Wir bräuchten heute das, was von Merkel und Sarkozy abgelehnt wird: eine europäische Transferrunion. Wir brauchen eine Fiskal-Union, die nicht nur an den Ausgaben, und da vorwiegend an den Sozialausga-

ben kürzt, sondern die ein Insolvenzrecht einführt, die Industrie- und Umweltpolitik und vieles andere betreibt. Die Schulden sind Schulden der Gemeinschaft, das kann man nicht anders betrachten.

Wir haben mehrmals in gemeinsamen Veranstaltungen über den Film „Inside-Job“ diskutiert. Er zeigt die unseelige Verquickung aus Bankenmacht, Politik und Wirtschaftswissenschaft. Beim Betrachten ist man empört, aber es stellt sich kein Mitleid mit den Opfern ein. Sie sind wie ein fremder Planet. Was macht es so schwer Empathie und Solidarität herzustellen?

Empathie ist in einer Geldgesellschaft schwer herzustellen. Sie ist individualisiert. Geld hat man oder hat man nicht. Wenn man es hat, ist man glücklich, wenn nicht, dann eben unglücklich. Der Schuldner muss sein Haus allein in Ordnung bringen. Dabei gehören auch zu einer Geldbeziehung immer zwei: Schuldner und Gläubiger. Ohne Schuldner, werden die Reichen nicht reich. Die fehlende Empathie hat mit der Fetischisierung des Geldes zu tun, das kann man schon bei Marx nachlesen. Denn die Fetischisierung des Geldes verbirgt die dahinter stehenden sozialen und ökonomischen Beziehungen bis zur Unkenntlichkeit. Diese Beziehungen aber wären veränderbar. ■

Das Interview führte Katja Maurer

*Prof. Dr. Elmar Altvater ist Politikwissenschaftler. Er hat u.a. intensiv zur Schuldenkrise in Lateinamerika publiziert. Mit medico debattierte er in drei Veranstaltungen nach der Aufführung des Oscar-gekrönten Dokumentarfilms „Inside Job“, der sich mit den Hintergründen der Krise von 2008 beschäftigt.

Brisante Solarzellen

Projekte von medico und der israelischen Organisation Comet-ME von Abriss bedroht

Wadha An-Najjar stößt den an der Decke hängenden Sack aus gerbter Ziegenhaut mit kräftigen Bewegungen hin und her. Sie tut dies so lange, bis die flüssige Ziegenmilch im Inneren zu Joghurt oder Butter gerinnt. Diese anstrengende, langwierige Tätigkeit ist für sie Routine. Aber seit Frau An-Najjar über Strom in ihrem Zelt verfügt, muss sie das nicht täglich machen, sondern kann die so produzierte Butter und den Joghurt aus Ziegenmilch, den die Familie auf dem Markt verkauft, in den Kühlschrank stellen. Und an den langen Winterabenden schaut sich Frau An-Najjar jetzt die geliebten jordanischen TV-Serien über Beduinenfamilien an, während die Kinder auch nach Sonnenuntergang ihre Hausaufgaben machen können.

Diese einfachen Vorteile einer Stromversorgung konnten Wadha An-Najjar und die anderen Bewohner des kleinen Dorfs Qawawis lange Jahre nicht genießen. Erst seit medico international gemeinsam mit der israelischen Organisation Comet-ME und der finanziellen Unterstützung durch das deutsche Auswärtige Amt in zehn Gemeinden Wind- und Solarenergie installierte, haben 800 Menschen eine Basisstromversorgung. Kaum waren die Anlagen fertig gestellt, erließ die israelische Ziviladministration Abrissverfügungen gegen die alternativen Energieanlagen.



Kleiner Sieg mit Sonne: Strom für die Ausgeschlossenen im Westjordanland.

Plötzlich befinden sich die von medico geförderten Projekte mitten im Brennpunkt des Nahost-Konflikts. Die Abrissverfügungen haben nicht nur in den deutschen, sondern auch in den israelischen und internationalen Medien großes Aufsehen erregt. Es geht um nicht weniger als um die Frage, ob die palästinensische Bevölkerung in den Hebronhügeln in dieser Region bleiben kann oder durch sich ständig verschlechternde Lebensbedingungen zum Abwandern gezwungen ist. Um den Hintergrund zu verstehen, muss man die Besonderheit dieser Region erklären.

Wie mehrere Tausend andere Bewohner palästinensischer Gemeinden in der Wüstenlandschaft der Südhebronhügel lebten

Von Spiegel bis Washington Post: Kritik an Abrissplänen

Über die Absicht der israelischen Behörden das Projekt von Comet-ME und medico abzureißen, das Der Spiegel als „eine kleine Revolution für wenig Geld, ein gutes Beispiel für gelungene Entwicklungshilfe“ beschreibt, berichteten zahlreiche Medien: neben ARD, FAZ und taz, auch die Washington Post, der Londoner Guardian und Zürcher Tagesanzeiger. Die Reaktionen waren unisono kritisch: Israels populärste TV-Nachrichten sprachen entsetzt von einem Versuch die betroffenen Gemeinden „zurück in die Steinzeit zu befördern“. Der renommierte Publizist Akiva Eldar geht in der israelischen Zeitung Haaretz mit der Regierung ins Gericht: „Etwa 1.500 Menschen in 16 Gemeinden, die seit dem 19. Jahrhundert in dieser Region leben, profitieren von diesen Anlagen, die Licht und Strom für ihre bescheidene Produktion von Milchprodukten erzeugen. (...) Die zu erwartenden Abrisse werden 500 Menschen dazu verdammen in Dunkelheit zu leben. Kinder werden ihre Hausaufgaben bei dem Licht von Öllampen machen und die Frauen werden wieder mit von Blasen bedeckten Händen Milch zu Butter und Käse schlagen.“

medico beleuchtet in seinen Projekten vor Ort immer auch die politischen Rahmenbedingungen der eigenen Arbeit. Das ist laut der Frankfurter Rundschau durchweg gelungen: Ziel des Projekts sei es, palästinensische Gemeinden dabei zu unterstützen, sich nicht verdrängen zu lassen. An dieser Frage werde sich entscheiden, ob es einen lebensfähigen Palästinenserstaat geben wird: „Der Konflikt um die Solaranlagen und Windturbinen für palästinensische Hirten hat also eine viel größere Dimension und beschäftigt inzwischen Politiker auf höchster Ebene.“ ■

Weitere Informationen: www.medico.de/solar

in der Westbank



Foto: Comet-ME

die Familien von Qawawis in bitterster Armut. Ihre Hütten, Zelte und traditionellen Höhlenwohnungen haben weder Wasser- noch Stromanschluss; im Gegensatz zu den in Blickweite gelegenen jüdischen Siedlungen. Den Anschluss an die Stromtrasse hat die Besatzungsbehörde verboten.

Während sich die palästinensischen Bewohner an das Leben zwischen dem Schutt abgerissener Hütten gewöhnen müssen, wachsen die nahe gelegenen israelischen Siedlungen. Symmetrische Reihen von Einfamilienhäusern, einheitliche rote Ziegeldächer und Vorgärten. Die Straßen zu den Siedlungen sind frisch asphaltiert, die Versorgung mit Wasser



Mobile Windräder umgehen das israelische Bauverbot.

zum Aufbau eines Staats Palästina verstanden wurde, ist zwei Jahrzehnte später zu einer Dauereinrichtung ausgeartet: mit schwerwiegenden humanitären Konsequenzen. Da Israel in diesen Gebieten die staatliche Macht darstellt, hätten die israelischen Behörden hier die Verantwortung

und Strom ist auf dem letzten Stand der Technik. Eine hübsche Postkartenidylle: durch Zäune sauber von den vielerorts nur wenige Meter entfernt liegenden palästinensischen Gemeinden getrennt .

Gezielte Rückentwicklung

Die palästinensischen Bewohner in den Südhebronhügeln haben das Pech, wie 150.000 weitere Palästinenser in den C-Gebieten zu leben. Anfang der 1990er Jahre schlossen Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO die Osloer (Friedens)Verträge. Die besetzten Gebiete sollten – so verstand es die Weltöffentlichkeit jedenfalls – stufenweise an neu zu schaffende palästinensische Autoritäten übergeben werden. Die dicht bevölkerten Palästinensergebiete wurden als A- und B-Gebiete deklariert und sind seitdem zivilrechtlich der palästinensischen Autonomiebehörde unterstellt. Fast genau 60% des Westjordanlands wurden als C-Gebiet deklariert und unterliegen der direkten israelischen Verwaltung. Doch, was in aller Welt als die erste Stufe hin

terung für das Wohl der Bevölkerung. Doch während sie die israelischen Siedlungen großzügig subventionieren, verknappen sie systematisch den Zugang der palästinensischen Gemeinden zu Wasser und Land, verbieten den Anschluss der Häuser ans Stromnetz oder den Bau von Kindergärten oder Gesundheitseinrichtungen. Mit dieser Politik einer gezielten Rückentwicklung verdrängt die israelische Administration die palästinensische Bevölkerung in die dichtgedrängten städtischen Enklaven, etwa Ramallah oder Hebron. Aber ohne den ländlichen Raum dazwischen ist weder Entwicklung für die Palästinenser, geschweige denn ein lebensfähiger palästinensischer Staat möglich. Das bestätigt ein Bericht der EU, der momentan hohe Wellen schlägt.

Die C-Gebiete, und damit der größte Teil der Westbank, sind zu einem Raum geworden, in dem entlang ethnisch-religiöser Zuordnung zwei Rechtsordnungen für zwei Bevölkerungsgruppen bestehen. Hier setzen medico und seine lokalen Partner an, um grundlegende Hilfe zu leis-

ten und darüber hinaus die politischen, sozialen und ökonomischen Menschenrechte zu verteidigen.

Unerwartete Solidarität

So entstand die Kooperation mit der israelischen Organisation Comet-ME. Gegründet wurde sie von Noam Dotan und Elad Orian, zwei jüdisch-israelischen Aktivisten, die sich mit der israelischen Politik nicht abfinden wollten. Sie kennen die Südhebronhügel seit langem und wollten mehr tun als nur gegen die unhaltbaren Zustände demonstrieren. Die beiden Physiker gründeten Comet-ME, um die palästinensischen Gemeinden auf den in den C-Gebieten gelegenen Südhebronhügeln mit Strom zu versorgen. Da feste Stromnetze verboten sind, kamen sie auf die Idee mit alternativen Energiequellen zu arbeiten. Mithilfe des Auswärtigen Amts, das sich stark für das Vorhaben engagierte und bislang etwa 600.000€ zur Verfügung stellte, konnten Comet-ME und medico in zehn Gemeinden Wind- und Solaranlagen installieren. Diese haben die beiden Aktivisten aus Hunderten von Einzelteilen selber gebaut, um Geld zu sparen. Tage- und nächtelang tüftelten sie an für jede Gemeinde maßgeschneiderten Anlagen. Wochenlang übernachteten sie in den Dörfern. Zu Hilfe kamen palästinensische Studenten aus einer technischen Fachhochschule in Hebron, die gleichzeitig gelernt haben, wie Solar- und Windanlagen funktionieren und wie diese zu warten sind.

Auch einige der Dorfbewohner wurden ausgebildet, damit sie künftig die Anlagen betreuen können.

Der Zugang zu Strom hat in den Gemeinden noch ganz andere Dinge bewegt. Die Projekte boten den Menschen die Möglichkeit, nicht nur sich selbst zu helfen, sondern wieder als eine Gemeinde zu agieren. Sie könnten diese Entwicklung auch langfristig sichern. Solar- und Windanlagen sind nachhaltige, umweltschonende Energiequellen, doch sie sind pflegebedürftig. Alle Nutzer müssen deshalb für ihren Strom zahlen. Das Geld fließt in eine gemeinsame Kasse, mit deren Hilfe künftige Reparaturen gedeckt werden. Damit hat jede Gemeinde weiterhin ein Projekt, an dem sie gemeinsam arbeiten kann.

Das alles ist von der Abrissorder der israelischen Ziviladministration bedroht. Wenn aber bei Wadha An-Najjar und ihrer Familie der Abriss kommt, so gehen nicht nur bei ihnen die Lichter aus. Dann wird gezielt daran gearbeitet, die Palästinenser als Individuen und als Kollektiv aus den C-Gebieten zu vertreiben und diese an Israel anzuschließen. Doch ohne die C-Gebiete, immerhin 60% der Westbank, kann es keinen palästinensischen Staat geben, da sind sich Bundesregierung, EU, UN und Weltbank einig. Mit dieser Abrissprozedur würde die israelische Politik einer Zwei-Staaten-Lösung faktisch eine Absage erteilen. ■

Tsafir Cohen

Projektstichwort

Das expansive israelische Enklavensystem droht, einem künftigen Palästina allenfalls umstellte Gebiete zu überlassen. Dagegen verteidigen die lokalen medico-Partner in Tel Aviv, Ramallah und Gaza die politischen, sozialen und ökonomischen Menschenrechte. Dabei geht es immer auch darum Wege zu finden, wie dem fast perfekten System von Aus- und Ein-schlüssen entkommen werden kann. Das Spendenstichwort dafür lautet: **Israel – Palästina**

Was zählt, ist der demokratis

Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Fawwas Traboulsi über die gefährdeten Revolution



Foto: Privat

Fawwas Traboulsi gilt als eine Legende der libanesischen Linken: Zusammen mit anderen studentischen Aktivisten gründete er Anfang der 1970er Jahre, inspiriert durch den Pariser Mai 1968, mehr als eine Organisation der neuen Linken im Libanon. Seit 1997 lehrt Traboulsi Geschichte und Politik an der Lebanese American University in Beirut. Er publiziert regelmäßig zu arabischer Geschichte, Politik und sozialen Bewegungen. Seine Übersetzungen umfassen Arbeiten von Gramsci, Isaac Deutscher, Che Guevara und Edward Said. Ende Februar treffe ich den Mittsechziger im altherwürdigen Hotel Bristol nahe der Hamra im westlichen Beirut, es gibt Tee und Gebäck. In der Ecke läuft ein libanesischer Fernsehkanal. Die Bilder aus Syrien bilden eine schier endlose Schleife: Flüchtlinge, Panzer, bewaffnete Gruppen und Rauchwolken über der Stadt Homs.

Wie blickt ein linker Intellektueller nach Syrien? Optimistisch oder pessimistisch?

Weder-noch: Ich bin traurig, wütend und sehe vor allem die menschliche Tragödie in Syrien. Längst geht es nicht mehr um das Regime, sondern um die Zukunft des Landes. Dennoch glaube ich, dass die Revolution in Syrien das Beste der Menschen und gleichzeitig alles Schlechte der Regimes dieser Region ans Tageslicht bringt.

Was sind für Sie die Gründe des Aufstandes?

Wir erleben jetzt die zweite Welle der arabischen Revolution. Längst haben die totalitären Regime unserer Region poli-



Foto: medisco

Hagiographie der Macht: Nach dem „Oktoberkrieg“ (Jom-Kippur) 1973 huldigt die Nation dem Vater Hafez al-Assad. Nordkoreanisches Panoramabild als Geschenk im Kriegsmuseum, Damaskus.

che Aufbruch

ber die Perspektiven einer

tisch und wirtschaftlich abgewirtschaftet. Im Jahr 2000 reformierte Bashar Assad, nachdem er die Nachfolge seines Vaters antrat, sofort den Finanz- und Wirtschaftssektor. Der alte Wohlfahrtsstaat, der weite Bereiche der Gesellschaft versorgte, wurde neoliberal dereguliert. Das Regime setzte auf Wirtschaftsreformen, um von der Demokratiefrage abzulenken. Der ehemalige Industrieminister, der noch heute ein enger Assad-Berater und übrigens ein ehemaliger Kommunist ist, sagte damals: Wir folgen dem chinesischen Modell, also wirtschaftliche Reformen ohne demokratische Freiheiten. Jetzt haben wir eine Verarmung ohne politische Freiheitsrechte. Vor einem Jahr waren mindestens 20 Prozent der syrischen Bevölkerung arbeitslos; jede dritte Familie, besonders in der ländlich-

en Peripherie, lebte unterhalb der Armutsgrenze.

Viele syrische Aktivisten in Beirut warnen vor einer Militärintervention. Sie befürchten die endgültige Zerstörung der syrischen Gesellschaft.

Ja sicher, aber das ist lediglich die politische Ebene der Debatte. Wenn auf Demonstrationen in Syrien nach Flugverbotszonen gerufen wird, dann ist das im eigentlichen Sinne keine politische Aussage, sondern hier fordern Menschen, die jeden Tag getötet werden könnten, ihr Recht auf Schutz ein. Ich kann der allgemeinen Erregung über eine drohende ausländische Intervention nicht viel abgewinnen. Meine Frage ist, wer interveniert tatsächlich und wofür? Die Amerikaner wollen, dass die Arabische Liga den Job macht, die wiederum auf eine Kompromisslösung im UN-Sicherheitsrat setzen. Die konservativen arabischen Staaten, besonders die Saudis und die Emirate, sowie die USA verfolgen dieselbe Logik: Alle sind bereit, das Haupt des Regimes zu köpfen, wollen aber seine strukturelle Basis aufrechter-



halten und einen auf die Armee gestützten, neoliberalen Staat. Sie favorisieren eine jemenitische Lösung, bei der der Präsident ersetzt wird, aber der Gewaltapparat weiter besteht. Aber Assad kann nicht einfach ausgewechselt werden, auf ihm basiert das gesamte System, und wenn er fällt, bricht auch der Apparat zusammen. Es ist pure Demagogie, wenn die Saudis die Opposition im Namen der Freiheit bewaffnen wollen. Bereits jetzt sind gut trainierte sunnitische Kämpfer in Syrien aktiv, die aus dem Irak kommen. Alle diese Tendenzen versprechen allenfalls eine weitere Eskalation. Fakt ist aber auch, dass weite Teile der Bevölkerung keinen Krieg wollen, von wem auch immer. Und sie werden auch nichts anderes als das Ende des Regimes akzeptieren. Wenn 49 Prozent in Syrien gegen Assad sind, dann hat dies mehr Aussagekraft als jene angeblichen 51 Prozent, die glauben, Assad könnte ihr Land aus der Krise führen. Auch das Verfassungsreferendum vom Februar war nur eine Phrase. Wenn man der Öffentlichkeit erzählt, dass dieses Referendum eine politische Lösung sei und derweil weiter diejenigen umbringen lässt, deren Protest es auslöste, dann ist die Intention des Regimes offensichtlich.

Warum geht es in Syrien so stark um externe Interessen und Einflüsse?

Das liegt an der geographischen Lage und der Politik des Regimes: Die Allianz mit dem Iran, die formale Feindschaft gegenüber Israel, dazu die Kooperation mit der schiitischen Hisbollah im Libanon, wodurch Syrien de facto die israelische Nordgrenze kontrolliert. Auch die USA werden davon beeinflusst. Als die Beobachter der Arabischen Liga ins Land kamen, fanden die heftigsten Angriffe auf



Syrien im Februar 2012: Beerdigungsprozession im Dorf Kureen, Provinz Idlib, nach einem Armeeüberfall.

die Widerstandsbewegung statt. Als die Bombardierung von Homs exzessive Züge annahm, behauptete Frau Clinton, dass sich Al Qaida-Kämpfer unter die syrische Opposition gemischt hätten. In meiner Lesart war das ein klares Misstrauensvotum gegen den Aufstand. Die Russen haben ihre eigene Agenda, sie interessieren sich ebenfalls nicht für die Menschen. Sie wollen ihre Marinebasis im syrischen Tartus behalten und misstrauen der US-amerikanischen Raketenabwehr in der Türkei. Die syrische Krise ist für sie auch ein Test, wie schwach die US-amerikanische Hegemonie tatsächlich ist, und wie eine neue imperiale Zukunft Russlands aussehen könnte. Alle diese externen Faktoren nutzen der syrischen Führung. Anders als vor einem Jahr haben wir heute einen internationalisierten Konflikt. Assad externalisiert die inneren Probleme, um die äußere Bedrohung als Argument für fehlende Reformen zu nutzen. Die Opposition ist schwach und ob die Exilvertreter wie be-



Foto: randbild.de

hauptet für die Mehrheit all jener sprechen, die bei Demonstrationen im Land ihr Leben riskieren, ist fraglich.

Droht die Logik der Waffen und gewinnt die Religion an Einfluss?

Ja, die Militarisierung wird sich verschärfen. Richtig ist auch, dass die Bewegung überwiegend sunnitisch und damit muslimisch geprägt ist – wenngleich Aktivisten aus allen Konfessionsgruppen vertreten sind. Aber in erster Linie ist es eine soziale Bewegung der Armen. Sie kommt aus den ländlichen Gegenden und aus den vernachlässigten Vorstädten. Die Brutalität des Regimes stärkt das vorhandene Gewaltpotenzial innerhalb der radikalreligiösen islamischen Gruppen. Die Religiosität bekommt so innerhalb der Revolution eine neue Bedeutung: aber weniger, weil auch Syrien in religiösen Fragen konservativer geworden ist, sondern weil der offene Glaube auch eine Form der Freiheit und Zurückwei-

sung des gewalttätig-säkularen Baath-Regimes darstellt. Der Staat propagiert zwar offiziell einen Laizismus. In Wahrheit aber bestimmt das Regime den Wert der Religionen über die alawitische Konfession des Präsidenten und seiner Familie. Syrien ist seit 1970 eine Diktatur, ein Einparteiensystem mit einem Alleinherrscher an der Spitze. Wir sollten daher aufhören, über den säkularen Charakter dieses Regimes zu reden.

Hat die neue Protestgeneration Verbindungen zu den alten Intellektuellen des „Damaszener Frühlings“ aus dem Jahre 2000?

Nein, hier gibt es ein großes politisches Vakuum. Bis vor einem Jahr konnte sich keine wirkliche Opposition frei artikulieren. Der intellektuelle Nachhall des „Damaszener Frühlings“ blieb begrenzt, viele seiner Sprecher verschwanden im Gefängnis oder gingen ins Exil. Zwar gibt es in Syrien eine alte, wenn auch schwache kommunistische Strömung, aber deren Repräsentanten waren oftmals mehr oder weniger politische Alliierte der Baath-Partei. Sie werden von vielen jungen Aktivisten verachtet. Die sind keine Parteigänger mehr, sondern geniale Organisatoren von Demonstrationen, die wissen, wie man sich schützt, versteckt, verteidigt und sich gegenseitig hilft. Sie kommen aus allen Schichten und nutzen die neuen Medien. Ihre Bewegung ist anti-autoritär nach innen, sie wollen nicht mehr gehorchen und lehnen jeden Zentralismus ab. Ihre Basis ist die gemeinsame Stimmung. Es gibt neue Stadtteilkomitees und Kulturinitiativen. Viele der Aktivisten sind junge Frauen, und gerade das ist völlig neu in Syrien. Wir erleben

die Großartigkeit einer spontanen Erhebung mit allen Schwächen, die Spontaneität mit sich bringt. Es gibt keine hegemonale politische Organisation mehr, die aktuellen Botschaften und Bilder sind ungefiltert und entspringen einer völlig neuen Medienkultur.

Wie sollten wir in Europa, die Linke und all jene, die den Eingriffsplänen des Westens aus guten Gründen misstrauen, über Syrien nachdenken?

Eine der letzten und schlechtesten Traditionen in der Linken ist noch immer, Diktatoren zu lieben und auf deren säkulare Rhetorik hereinzufallen. Als ich letztes Jahr an der Universität in Wien unterrichtete, bekam ich mit manchen linken Freunden öfters harten Streit. Sie bezeichneten Gaddafi als großen Reformer, der einen Sozialstaat aufgebaut habe und nannten Assad einen Antimperialisten. Ich dagegen meine, Linke müssen sich zuallererst mit demokratischen Aufbrüchen solidarisieren, selbst wenn diese Bewegungen nicht von einem säkularen Konsens geprägt sind. Die Menschen fordern ja nicht allein eine bessere Zukunft, sie rebellieren auch gegen die monströse Moderne dieser Regime. Das galt für Ägypten, Tunesien, Jemen und gilt für Syrien. Es bleibt ein permanenter Kampf, der auch an der säkularen Front weitergehen wird. Das heißt auch gegen jene zukünftig aufzustehen, die die Macht wieder monopolisieren und die Repression auf religiöser oder kultureller Ebene installieren wollen. In Europa hattet ihr die 1848er Revolution, sie wurde bekanntlich von den Monarchisten gewonnen und ging trotzdem weiter. ■

Das Interview führte Martin Glasenapp



Foto: randbild.de

projektstichwort

Die geheimen Ärz

Wie syrische Mediziner im Untergru

Es ist der Februar dieses Jahres. Syrien ist in Aufruhr. Überall wird demonstriert, in manchen Städten wie Homs und Idlib finden regelrechte Straßenkämpfe statt. Wir haben uns in Beirut verabredet. Nach Tagen des Wartens steht er am Nachmittag einfach vor uns. Wir nennen ihn Doktor B. Seinen wirklichen Namen können wir nicht preisgeben, es wäre lebensgefährlich für ihn. Doktor B. ist etwa Mitte Dreißig, schwächling, blass und hat tiefe Ringe unter den Augen, die von vielen Nächten ohne Schlaf erzählen. Er ist Thorax-Chirurg und arbeitet in einem staatlichen Krankenhaus einer syrischen Großstadt. Nach der täglichen Schicht beginnt sein zweites Leben, dann ist er ein „Doktor al-Thaura“, ein Arzt der Revolution. Er fährt an die Orte des Protestes und besucht die Patienten in Privatwohnungen, Kellern oder in Hinterzimmern. Die staatlichen Krankenhäuser sind längst nicht mehr sicher: „Ich habe gesehen, wie



Von Scharfschützen angeschossen, fürchtet sich der junge Mann ins lokale Krankenhaus zu gehen, Provinz Idlib.

te

nd Leben retten

verletzte Demonstranten in der Notaufnahme vom Sicherheitsdienst geschlagen und gefoltert wurden.“ Viele seiner Kollegen hätten sich darüber empört. Die Verletzten würden entweder nicht registriert, so dass sie nach einer Erstversorgung direkt verschleppt werden können, oder aber als „Verkehrsunfälle“ geführt. Doktor B. konnte das nicht mehr ertragen. Er begann mit einer kleinen OP-Tasche illegale Hausbesuche zu machen. „Einmal versorgte ich in meinem Auto sechs Stunden lang einen Studenten, der drei Schussverletzungen hatte. Als uns ein Privatkrankenhaus aufnehmen wollte, wurden wir vom Geheimdienst entdeckt, konnten aber in letzter Minute fliehen.“ Zusammen mit anderen Ärzten gründete er eine medizinische Kommission, sie richteten ein Netz von illegalen Kliniken ein. Alles musste heimlich geschehen, denn werden diese sogenannten „Untergrundhospitäler“ verraten oder vom Regime entdeckt,

droht den Patienten und Ärzten mindestens eine Verhaftung mit anschließender Folter, oftmals auch der Tod. Auch die Apotheken werden überwacht, so dass auch die Medikamente entweder ins Land geschmuggelt werden oder unter Lebensgefahr aus den staatlichen Krankenhäusern mitgenommen werden müssen.

Der Doktor hat uns auf einem winzigen Chip Videofilme mitgebracht: Ärzte behandeln Schussverletzungen, es gibt einen Operationstisch, Licht, entsprechendes chirurgisches Gerät. Alle engagierten Mediziner leben gefährlich: Nach Angaben der Lokalen Koordinationskomitees in Syrien wurden seit dem Ausbruch der Demonstrationen am 14. März letzten Jahres mindestens 295 Ärzte verhaftet. Was passiert, wenn er entdeckt wird? „Medizinische Hilfe wird behandelt wie Terrorismus oder Desertion“, sagt er ernst und ergänzt ohne jedes Pathos: „Ich hoffe, sie töten mich schnell, wenn sie mich erwischen“. Der Doktor muss zurück. Er quittiert uns eine Geldsumme, die wir ihm übergeben. Damit wird er später in Syrien auf dem grauen Markt dringend benötigtes medizinisches Gerät kaufen. Dann verschwindet er: „Morgen früh um 6 Uhr beginnt im Krankenhaus meine Schicht. Wenn ich fehle, stehe ich sofort unter Verdacht.“ ■

medico ist seit Beginn des syrischen Aufstandes im Kontakt mit oppositionellen Basiskomitees, die die allwöchentlichen Demonstrationen organisieren. Seit Ende des Jahres 2011 unterstützen wir mit Ihrer Spende Not-Kliniken der Basiskomitees, die unter immer schwierigeren Bedingungen alles tun, um Menschenleben zu retten. Unser Stichwort der Solidarität mit den syrischen Ärzten lautet: Nahost

Kleine Fluchten aus der Tristesse

Haiti: mobile Bibliotheken für Kinder und Jugendliche

Lesen gilt als eine der drei wichtigsten Kulturfertigkeiten und ist Teil der menschlichen Kommunikation. Wer liest, erringt die Möglichkeit der Reflexion, also das Überdenken des Gelesenen, und die erzählende Literatur erlaubt es Leserinnen und Lesern, sich nicht nur in andere Zeiten und an andere Orte zu versetzen, sondern auch Erfahrungen aus zweiter Hand zu sammeln. Menschen, die eine Katastrophe erlebt haben, brauchen mehr als Nahrungsmittel und ein Dach über dem Kopf. Ein Buch kann gerade in einer solchen Situation zum Fluchtmoment aus einem tristen Alltag werden. Der Verein „Action pour le Changement“ (APC) unter der Leitung

der haitianischen Schriftstellerin Yanick Lahens kümmert sich daher seit dem Erdbeben in Haiti vom 12. Januar 2010 mit mobilen Bibliotheken um Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern. Die sogenannten „bibliothèques légères“, die nur einen geringen Platzbedarf haben und mit wenig Personal- und Materialkosten unterhalten werden können, bilden mittlerweile einen festen Bestandteil im Alltag der Kinder und werden auch gern von umliegenden Schulen eingeladen. Bereits jetzt wird dieses Angebot von mehr als 1.400 Kindern und Jugendlichen in drei Camps genutzt. ■

Spendenstichwort: Haiti

Ermittlungen im Kriegsgebiet

Mali: Menschenrechtler helfen Migranten im Sahel

Diktaturen fallen, die europäische Migrationspolitik bleibt beständig. In Libyen machen die neuen Herrscher dort weiter, wo Gaddafi aufhörte: Am 4. Dezember 2011 zwang der neue libysche Übergangsrat 500 Flüchtlinge in einem Boot zur Umkehr vor Tripolis und kündigte eine enge Zusammenarbeit mit der europäischen FRONTEX-Behörde an. Die neue Kooperation wird „im engsten Einvernehmen mit unseren Freunden in Rom und Paris“ geschehen, wie es Tri-

polis formulierte. Einen anderen Nachhall findet das alte Regime im subsaharischen Afrika. Das Nachbarland Mali rutscht durch die in Libyen freigesetzten Waffen immer tiefer in die Gefahr des Bürgerkrieges. Die traditionell aufständischen Tuareg im malischen Nordosten haben sich neu bewaffnet, viele von ihnen kämpften in der alten Armee Gaddafis. Die Sahelzone militarisiert sich, lokale Bevölkerungen werden vertrieben und Transmigranten blockiert. In der Stadt

Kidal sitzen die Flüchtenden fest, und einen kleinen Ort wie Tinzouatine an der algerisch-malischen Grenze mit lediglich ca. 2.300 Menschen, erreichen zur Zeit pro Monat 600-700 afrikanische Transitmigranten, die nicht weiter kommen oder zurück in die Hauptstadt Bamako müssen. Zu den dortigen medico-Partnern, den migrantischen Selbsthilfegruppen der AME und der von zentralafrikanischen Migranten gegründeten ARACEM,

kommen immer mehr Hilfesuchende, die versorgt werden müssen. Soeben hat die AME eine Ermittlungsmission in die Grenzregionen zu Mauretanien abgeschlossen, eine weitere nach Kidal ist geplant, um die Auswirkungen der militärischen Auseinandersetzungen auf die Zivilbevölkerung und insbesondere auch auf die Migranten zu erkunden. ■

Spendenstichwort: Migration

Wenn der Westen nicht mehr kommt

Somalia: solidarische Nothilfe in Eigenregie

Die Vereinten Nationen haben die Hungersnot am Horn von Afrika offiziell für beendet erklärt. Nach lang erwarteten Regenfällen sowie einer relativ guten Ernte hat sich die Situation in der von Dürre geplagten Region entspannt. Dennoch sind weiterhin mehr als 10,9 Millionen Menschen wegen der hohen Getreidepreise auf Ernährungshilfe angewiesen. Zudem bleibt die politische Dauerkrise in Somalia weiterhin ungelöst. Auch die kenianische Militäroffensive gegen die radikal-religiösen islamischen Al-Shabaab-Milizen im Süden des Landes hat die humanitäre Lage verschlechtert. Gerade in diesen Gebieten aus denen sich internationale Helfer weitgehend zurückzogen, leistet die somalische medico-Partnerorganisation Nomadic Assistance for Peace and De-



Wasserversorgung für Flüchtlinge.

velopment (NAPAD) Nahrungsmittelhilfe. NAPAD wurde 2006 von somalischen NGO- und UN-Mitarbeitern gegründet und will nachhaltig etwas für die Gemeinschaften tun, aus denen sie selbst stammen. Die unmittelbare Nothilfe steht für NAPAD im Kontext des sich öffnenden und zu erweiternden Raumes für Demokratie und Menschenrechte. ■

Spendenstichwort: Ostafrika

Ein Land, das noch erfunden

Die lokalen medico-Partner im Fortschritt von der Nothilfe zur
Eine Reportage von Thomas Seibert



Die Nachricht hatte uns gerade noch gefehlt. Kurz vor unserem Abflug nach Karatschi wies Pakistan drei Agenten des Bundesnachrichtendienstes aus dem Land. Besonders heikel war, dass sie sich nach pakistanischen Angaben als Entwicklungshelfer ausgegeben hatten. Eine Meldung, die alles zu bestätigen schien, was man hier von dem Nachbarland Afghanistans zu wissen glaubt: Rückzugsgebiet al Quaidas und der Taliban und deshalb nächster Brennpunkt des „war on terror“ zu sein. Ein Land, regiert von korrupten Politikern, allmächtigen Feudalherren und einer zum Staat im Staat gewordenen, mit Atomwaffen ausgerüsteten Armee, heimgesucht von Selbstmordattentaten und den Angriffen unbemannter US-amerikanischer Drohnen.

Obwohl das alles auf unserer Reise beständig Thema blieb, lernten wir zugleich ein ganz anderes Pakistan kennen: Menschen, die sich gegen all das zur Wehr setzen und für das stehen, was im geläufigen Pakistan-Bild gar nicht vorkommt. Unter ihnen die pakistanischen medico-Partner: die Entwicklungsorganisation HANDS, das Forschungsteam des Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER) und die Aktivistinnen und Aktivisten des Sindh Labour Relief Committee (SLRC).

Ein Land, das nie gewollt war

Alle drei Organisationen haben ihren Sitz in Karatschi, der am Meer gelegenen früheren Hauptstadt, die heute zu den Megacities der Globalisierung gehört. Lebten

werden muss

Entwicklung



Karatschi: An Feiertagen werden die Gleisanlagen von Hejarat Colony zum Freizeitpark für Slumbewohner.

hier in den 1940er Jahren 600.000 Menschen, schätzt man deren Zahl gegenwärtig auf bis zu 20 Millionen – Tendenz jährlich rasant steigend. Die Stadt nimmt fast viertausend Quadratkilometer ein, ist ein Drittel größer als das Saarland. Wer sie durchfahren will, muss dazu gigantische, treffend „Fly-over“ genannte Hochbrücken nutzen, die das Straßengewirr am Boden und den Wildwuchs der Streusiedlungen überspannen. Von diesen „Fly-overn“ sieht man manchmal direkt in die Fenster der unverputzten grauen Ziegelsteinbauten, an denen sie oft nur im Abstand weniger Meter vorbeiführen. Die zwei-, vier-, oder achtstöckigen, wild ineinander verschachtelten Gebäude bieten Abertausenden Zuwanderern einen provisorischen Unterschlupf, der für die meisten zur Heimstatt ihres ganzen Lebens wird.

Sieht man vom alten Zentrum Saddar ab, besteht ganz Karatschi aus solchen Streusiedlungen, wobei sich Slumareale mit denen der schnell wachsenden Mittelklassen und den „gated communities“ der Reichen und Mächtigen abwechseln. Sie werden durch manchmal sehr große, wüstenartig wirkende Brachflächen getrennt, um die blutige Bandenkriege toben, weil ihr Preis im Rhythmus des Zuzugs steigt, also täglich, wöchentlich. Den bewaffneten Landraub inszenieren die Clans der Grundstücksmafia als „ethnischen Konflikt“. Dabei lebten hier vor der Gründung Pakistans Sindh, Balutschi und Gujarati meist friedlich zusammen, mit ihnen Armenier, Chinesen, Libanesen, gleichgültig, ob muslimischen, hinduistischen, christlichen, parsischen oder jüdischen Glaubens. Nach der Staatsgründung flohen Hunderttausende Hindus und Sikhs nach Indien, ihren Platz nahmen muslimische Flüchtlinge aus Indien ein. Nach dem Krieg um Bangladesh folgten Zehntausende Bihari und Bengali aus dem einstigen Ostpakistan, nach der sowjetischen Invasion Afghanistans noch einmal weitere 1,5 Millionen Menschen. Die Hälfte der Einwohner Karatschis spricht Urdu, die andere Hälfte Panjabi, Paschtu, Sindh – und einige andere Sprachen.

Citizens Charter zur Neuerfindung Pakistans

„Man könnte darüber die ganze Geschichte dieses Landes erzählen“, sagt Karamat Ali, einer der bekanntesten Intellektuellen Karatschis, Geschäftsführer des medico-Partners PILER. „Es gab hier machtvolle Widerstände gegen die Kolonialherrschaft, doch keinen Unabhängigkeitskampf zugunsten Pakistans. 1947 wurden Millionen von Sindh, Balutschi, Paschtuni,

Bihari, Bengali im Westen und Osten Indiens zu ‚Pakistani‘ erklärt, um den Preis wechselseitiger millionenfacher Vertreibung, um den Preis der Grenzkriege mit Indien, des Krieges um Bangladesch, heute des Krieges um Afghanistan. Genutzt hat das den Feudalherren, der Bürokratie, den Militärs, den Mullahs – und dem Westen, der Pakistan als antikommunistisches Bollwerk brauchte.“ Die Scharia wurde erst unter der von Ronald Reagan finanzierten Diktatur Zia ul-Haqs eingeführt, bis dahin neigten nur die Muslime des Nordens orthodoxen Richtungen zu. Hier, im Süden sind die meisten noch heute vom Islam der Sufis geprägt: „Es gab nur wenige Moscheen, Mullahs spielten keine Rolle. Im Sufismus beruhen die religiösen Riten auf Gesang, Tanz und Poesie, der Glaube ist Sache der Einzelnen. Damit beginnt auch der Widerstand, ganz alltäglich, im Privaten“, so Karamat Ali.

Den öffentlichen Widerstand dagegen fördert PILER durch Forschungs- und Bildungsarbeit, durch Kampagnen und Netzwerkbildung. Mit finanzieller Hilfe medicos untersucht das Forschungsteam jetzt systematisch die Folgen der Flutkatastrophen 2010 und 2011, die ungeheuren Verluste an Ackerland, Häusern, Vieh. Auf ihren Recherchereisen sammeln PILER-Mitarbeiter aber auch die Schicksalsberichte der Flüchtlinge, ihre Klagen über das Versagen des Staates und der Armee, über den Zusammenhang von Naturkatastrophe, Großgrundbesitz, Korruption und sklavereiähnlicher Fronarbeit. Auf den Erfahrungen und Ansprüchen der Überlebenden baut die „Citizens Charter“ auf, um die herum PILER nun ein zivilgesellschaftliches Netzwerk schafft. Die Forderungen reichen von Sofortmaßnahmen der Nothilfe und der Vorsorge für neuerliche Katastrophen über die Einleitung

einer Landreform bis zur Streichung der Auslandsschulden – ein Punkt mehr, an dem Karamat Ali deutlich macht, warum eine gelingende Demokratisierung immer auch nachholende Dekolonisierung sein muss.

Entwicklung, nicht Almosen!

Zum Kreis um die „Citizens Charter“ gehört auch der pakistanische medico-Partner HANDS. Eine sozialmedizinische Hilfs- und Entwicklungsorganisation, mit der wir gleich nach der Flut 2010 große Nothilfeprogramme realisierten. Sie arbeitet in ganz Südpakistan, auch in zwei Slums Karatschis. Sie stützt sich auf fast 2.000 bezahlte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, mobilisiert aber bis zu 90.000 freiwillige Helfer aus lokalen „Community-based Organisations“ (CBOs). Auch deshalb gehörte HANDS zu den allerersten Hilfswerken, die nach der Flut zur Stelle waren, und anders als viele andere ist HANDS noch immer vor Ort, genauer gesagt: in 16.000 Dörfern der 24 Distrikte Südpakistans. „Für uns fügen sich im Stundentakt vorgenommene Nothilfe und auf Jahre angelegte Entwicklungsarbeit zu einer langen Revolution“, sagt Geschäftsführer Dr. Tanveer Ahmed, „und deren Lösung ist: Entwicklung, nicht Almosen! Wir stehen den Leuten im täglichen Kampf ums nackte Überleben zur Seite und öffnen ihnen so Möglichkeiten, auch über anderes nachdenken zu können als über den morgen benötigten Reis: zum Beispiel über eine Landreform.“

Bei der Fahrt über die mit HANDS-Hilfe wieder aufgebauten Dörfer sehen wir das an den meist in ganz neuen Gebäuden untergebrachten kleinen Dorfschulen für Jungen und Mädchen: dafür hat HANDS noch in der Phase der Nothilfe gesorgt.

Die ist längst nicht in allen Orten abgeschlossen, am schlimmsten steht es in den Distrikten Matiari und Jamshoro, wo die Dörfer und die umliegenden Baumwollfelder noch bis zum Horizont überschwemmt sind. Hier leben die Leute schon im zweiten Jahr in Zelten neben ihren einsturzgefährdeten, verschlammten Häusern und Hütten. Von der Regierung haben sie nichts bekommen, die Armee ist nie aufgetaucht, das World Food Programme lieferte ganze zwei Mal Nahrungsmittel, alles andere stellen seither HANDS und die neu gegründeten CBOs. Neben den Schulen kommt den Gesundheitsposten oberste Priorität zu. Sie werden von sogenannten „Marvi-Workers“ im eigenen Haus betrieben: Frauen, denen HANDS eine Ausbildung in einfacher Gesundheitsfürsorge, Schwangerschaftsbe-

treuung und Geburtshilfe ermöglicht und dann mit einem Grundbestand der wichtigsten Medikamente ausgestattet hat.

Als wir in einem der HANDS-Distriktbüros an einem „Marvi“-Kurs teilnehmen und die Frauen über ihre Arbeit befragen, sind wir von ihrem Eifer, ihrem Mut und ihrem Stolz beeindruckt. Sie sprechen frei von den Grenzen ihres Tuns und wissen, dass sie nicht ersetzen können, was dringend gebraucht wird: ein funktionierendes Gesundheitswesen. Das ist der Grund, warum sich auch HANDS auf die „Citizens Charter“ beruft: „Wir können bestenfalls Lücken des Mangels ausfüllen, für den eigentlich ein demokratischer, säkularer Staat zuständig wäre“, sagt Dr. Tanveer, „deshalb ist politischer Einfluss für uns ein strategisches Ziel, Teil von Entwicklung.“



Namenloser Helfer: Ein Bauingenieur unterstützt HANDS beim Wiederaufbau zerstörter Dörfer der Indusebene.

Workers of the World, unite!

Um das Verhältnis von konkreter Nothilfe und politischer Arbeit kreisen auch die Gespräche mit dem dritten medico-Partner, dem Sindh Labour Relief Committee (SLRC). Das Komitee sitzt zur Untermiete im Büro der National Trade Union Federation und entstand aus der Nothilfe. In ihm arbeiten Gewerkschafter mit Frauenaktivistinnen, Studierenden und einer Gruppe von Schriftstellern zusammen, zu denen auch Mushtaq gehört, der uns in den Gesprächspausen von seinen literarischen Vorbildern spricht: Wladimir Majakowski, unglücklicher Dichter der russischen Revolution, Agostinho Neto, Dichter und umstrittener erster Präsident Angolas, und Jean-Paul Sartre, Dramatiker und Philosoph. Seine nächste Quelle aber ist die Sufi-Tradition, deren Spiritualität nicht durch Mullahs, sondern durch populäre Poeten vermittelt wird, die den Gemeinden ihre Verse im Wettbewerb vortragen. Mushtaq nimmt selbst an solchen „poetry slams“ teil, mit Gedichten, die er auswendig lernt, weil ihre Niederschrift lebensgefährlich werden könnte: „Auf Gotteslästerung steht die Todesstrafe, und nicht wir entscheiden, was Gotteslästerung ist.“

Mit medico-Hilfe wird das SLRC in dem Dorf, in dem sie Nothilfe leisteten, eine Kooperative aufbauen: Ackerbau, Viehzucht und Vermarktung sollen genossenschaftlich betrieben, der Ertrag geteilt werden. Die Aktivisten wollten eigentlich zwei Kooperativen aufbauen, wir bremsen den Elan, und das nicht aus finanziellen Gründen. Denn das SLRC wird auch an anderen Stellen gebraucht: in der Organisation von Streiks, im Unterhalt einer Rechtsbe-

ratung für Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Verträge, im Aufbau säkularer Studierendenzirkel, die aus Gründen, die wir nicht klären konnten, den deutschen Namen Zeitgeist-Movement tragen. Mit deutschem Geld wird sich das SLRC in Eigenarbeit ein neues Büro samt großen Versammlungsräumen bauen. Das stammt nicht von medico, sondern von einer bekannten deutschen Fluggesellschaft. Bei der hatte SLRC-Koordinator Nasir Mansoor einen Flug Karatschi-Caracas gebucht, mit Zwischenstopp in Paris. Dort fiel auf, dass der Moslem aus Pakistan kein Visum, doch eine beglaubigte persönliche Einladung des venezolanischen Präsidenten Chavez besaß. Zwangsweise nach Karatschi zurückgeschickt, klagte Nasir gegen „rassische und religiöse Diskriminierung“ – und erstritt im Vergleich eine Summe, die zum Erwerb des Baugrundstücks irgendwo inmitten Karatschis reichte. Im Fortgang unserer Zusammenarbeit werden wir ihn und seine Mitstreiter dort wiedersehen: zur Debatte, warum nicht, um eine zweite Kooperative. ■

Projektstichwort

Die Schäden der Flutkatastrophen 2010 und 2011 sind noch nicht behoben, doch das Pakistan-Bild schrumpft wieder auf den „war on terror“ zusammen. medico aber bleibt seinen Partnern weiter verbunden. Die Zusammenarbeit mit HANDS geht in die nächste Phase: wir unterstützen weiter den Wiederaufbau in von den Fluten zerstörten Dörfern in der gesamten Provinz Sindh („Tameer 3“). Fortgesetzt wird die medico-Unterstützung für die Forschungs-, Bildungs- und Kampagnenarbeit des Pakistan Institute for Labour Education and Research (PILER), unterstützt wird auch das Kooperativenprojekt des Sindh Labour Relief Committee (SLRC). Wie Dr. Tanveer Ahmed sagt: es geht um eine „lange Revolution“. Stichwort: **Pakistan**

haiti

Zusammenstoß der Erwartungen

Haitianer in Brasilien: Süd-Süd-Solidarität mit Anlaufschwierigkeiten

Von Gerhard Dilger



Symbol der Selbstermächtigung: Fahne der Kleinbauernorganisation Têt Kolé („Köpfe zusammen“).

Vormittags fährt der graue Bus mit der symbolträchtigen Aufschrift „Zumbi“ auf das großzügige hügelige Gelände nordöstlich von São Paulo, auf dem die Landlosenbewegung MST ihre Tagungsstätte aufgebaut hat, die „Nationale Schule Florestan Fernandes“ in Guararema. Im Bus sitzen 39 Frauen und Männer aus Haiti, sie sind in einer langen Nachtfahrt aus dem südlichen Bundesstaat Paraná angereist.

Als sie aussteigen, ist die Wiedersehensfreude groß. Empfangen werden sie von 35 Landsleuten, mit denen sie ein knappes Jahr zuvor an gleicher Stelle ihre ersten Gehversuche in der portugiesischen Sprache absolviert haben und zugleich in die brasilianische Geschichte von unten eingeführt wurden. Und von einer Handvoll MST-Betreuern, die sie in verschiedenen Phasen des Austauschs kennengelernt hatten.

Der schwarze Rebell

Der Name Zumbi passt gut zur Vorliebe des MST, seine Projekte nach heroischen Vorbildern zu taufen: Der ehemalige Sklave war der berühmteste schwarze Rebell Brasiliens, im 17. Jahrhundert führte er im Nordosten den Widerstand gegen die europäischen Kolonisatoren an. Im nordöstlichen Bundesstaat Sergipe hatten die Haitianer und Haitianerinnen, die schon zwei Tage zuvor zum Auswertungsseminar eingetroffen waren, auch die letzte Phase ihrer Ausbildung durchlaufen.

Die Entscheidung, insgesamt 77 Haitianer aus diversen Kleinbauernbewegungen oder deren Umfeld für ein Jahr nach Brasilien zu schicken, war aus einem der bemerkenswertesten Süd-Süd-Projekte der letzten Jahre entstanden: Seit 2004 sind auf Haiti unter brasilianischer Regie die UN-Truppen der „Stabilisierungsmission“ MINUSTAH stationiert. Dieser Militäreinsatz ist in der brasilianischen Linken äußerst umstritten. Das MST blieb allerdings nicht bei der Kritik stehen, sondern ist seit gut drei Jahren mit seiner „Brigade Desalines“ in dem karibischen Krisenstaat – derzeit vermitteln zehn Brasilianer haitianischen Kleinbauern ihr Know-how beim Biolandbau, der Produktion von eigenem Saatgut, in der Kleinviehzucht oder bei der Wiederaufforstung.

„Da lag es nahe, unsere Zusammenarbeit auszuweiten“, erzählt der Südbrazilianer Paulo Almeida, der von einem langen Arbeitseinsatz in Haiti direkt zum Auswertungsseminar nach Guararema gekommen ist. „Zusammen mit unseren Partnern beschlossen wir, junge Haitianer für ein Jahr zur praktischen und theoretischen Ausbildung nach Brasilien zu schicken“. Logistische und finanzielle Unterstützung

kam von der Regierung, zu der die MST ein kritisch-solidarisches Verhältnis pflegt: Zur An- und Abreise stellte die Luftwaffe eine Mitfluggelegenheit bereit, die Ölgesellschaft Petrobras zahlte einen Zuschuss, und die letzten vier Monate verbrachten die Haitianer an Landwirtschaftsinstituten unter Bundesregie. medico international übernahm einen Teil der Kosten auf Seiten der MST-Schule.

Organisiert wurde der Einsatz unter dem Motto Agroökologie vom MST. Das NGO-Netzwerk „Plattform für Alternative Entwicklung Haitis“ (PAPDA) oder Kleinbauernorganisationen wie Tèt Kolé („Köpfe zusammen“), in der 80.000 Familien organisiert sind, suchten die Teilnehmer aus. Doch die Auswahlkriterien blieben offenbar ebenso nebulös wie die Informationen über das Programm in Brasilien, und nach den Verwerfungen des verheerenden Erdbebens vom Januar 2010 musste jungen Leuten ein einjähriger Brasilienaufenthalt selbst mit einem sehr grob skizzierten Programm besonders attraktiv erscheinen. Schließlich bestand die große Mehrheit der Gruppe aus Studierenden, viele hatten einen kleinbäuerlichen Hintergrund.

Zuviel Leerlauf

„Wir wollten uns nicht bei der Auswahl einmischen, und das Ergebnis war ein regelrechter Zusammenstoß der Erwartungen“, meint Paulo Almeida selbstkritisch. „Ich wollte ein anderes Land kennenlernen und meine betriebswirtschaftlichen Kenntnisse in der Landwirtschaft einsetzen“, er-





Agrarökologie, Bodenkunde, Zisternenbau: Weiterbildung für haitianische Aktivistinnen.

innert sich Bauernsohn Simon Matador aus der Provinzstadt Jacmel in bestem Portugiesisch, „aber die ersten Monate waren schlecht geplant, da gab es viel Leerlauf“.

Die Monate nach dem Einführungsseminar, in denen die Gruppe auf insgesamt acht Bundesstaaten verteilt worden war, gestalteten sich schwierig: Kommunikationsprobleme, wenige oder gar keine geplanten Kurse, teils prekäre Unterbringung in bescheidenen Landlosensiedlungen, vor allem im ärmeren Nordosten, und überforderte MST-Koordinatoren vor Ort, die mit Haitianern „aus elenden Verhältnissen“ gerechnet hätten, aber nicht mit Akademikern. Dass ihnen manche Brasilianer mit Rassismus begegnen würden, hatten wiederum die Besucher nicht erwartet. Aufgrund bürokratischer Barrieren bekamen sie ihr Taschengeld von umgerechnet 40 Euro erst ab dem siebten Monat ausbezahlt. Drei Teilnehmer reisten vorzeitig ab.

Dennoch gab es auch viel Positives zu berichten. Der 49-jährige Bauer Willy Hebishtal, einer der Ältesten, schwärmt von seinem Aufenthalt in der bestens funktionierenden MST-Kooperative im südbrasilianischen Tapes, wo er den Anbau von Bio-reis bis hin zur Verpackung für die Endverbraucher kennenlernte. Die Krankenschwester Enèse Labadie lobt die Gastfreundschaft der Landlosenfamilien im nordöstlichen Pernambuco. Der 32-jährige Maxi Aliès hat im Landesinnern von Espirito Santo viel über Fischzucht und ökologischen Kaffeeanbau gelernt.

In den letzten fünf Monaten wurden die Teilnehmer in zwei große Gruppen in den Bundesstaaten Sergipe und Paraná zusammengefasst. Dort belegten sie an zwei Bundesinstituten Spezialkurse in Agrarökologie, Bodenkunde oder Zisternenbau. „Es war mit Abstand die produktivste Zeit“, sagt Simon Matador. Besonders lobt er den engagierten Leiter seiner Fakultät und einen zweitägigen Spe-



„Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“ (Che Guevara). Haitianer im MST-Camp.

zialkurs zum Bananenanbau beim staatlichen Agrarforschungsinstitut Embrapa in Aracajú.

Parallel zum Beginn ihres Auswertungsseminars, das der Haiti-Kenner Paulo Almeida zusammen mit dem Funktionär Jean-Baptiste Rosnel vom Kleinbauernverband Tèt Kolé leitet, finden in der MST-Tagungsstätte zwei weitere international besetzte Seminare mit Aktivisten aus ganz Amerika und sogar Mosambik statt. Den Redebeiträgen auf Spanisch und Portugiesisch können nicht alle Haitianer folgen, nach einem Jahr Brasilien plagt sie das Heimweh. „Mein Körper ist hier, aber meine Seele ist schon längst in Haiti“, sagt einer.

Stärkung durch Mistica

Beim Einsatz in der Gemeinschaftsküche oder bei einem feministischen Theater-

stück am Abend leben alle Haitianer auf. Auch wenn sie auf Kreolisch mit der MST-Aktivistin Socorro Lima scherzen, die ebenfalls einen längeren Einsatz in der haitianischen Provinz hinter sich hat und auch die zurückhaltendsten Frauen aus der Reserve locken kann. Die allmorgendlichen „Mistica“, ein poetisch-kämpferisches Ritual, bei dem die katholischen Wurzeln der MST am deutlichsten zum Tragen kommen, ist am beliebtesten: Angestrebt wird eine geradezu spirituelle Stärkung des gemeinsamen Engagements.

„Natürlich wollen wir den Austausch fortsetzen“, sagt Paulo Almeida, der mittlerweile in der Florestan-Fernandes-Schule arbeitet. „Aber nach dieser Erfahrung müssen wir das Format radikal umstellen“. Gedacht ist an eine gezieltere Auswahl der Teilnehmer, die in Zehnergruppen über einen viel kürzeren Zeitraum an Spezialkursen über Wassermanagement in semiariden Gegenden des Nordostens oder über agroökologische Anbautechniken in Südbrasilien teilnehmen. Und bei allen Schwierigkeiten bleibt die Erfahrung, Solidarität konkret praktiziert zu haben. Darauf gilt es aufzubauen. ■

Projektstichwort

Im Rahmen der Süd-Süd-Kooperationen, die medico nach dem Erdbeben in Haiti angestoßen hat, wird auch der Austausch zwischen der brasilianischen Landlosenbewegung MST und haitianischen Kleinbauern unterstützt. Anteilig gefördert wird die brasilianische Brigade in Haiti genauso wie die Ausbildung der Haitianer in Brasilien. Die kritischen Erfahrungen werden ausgewertet und darauf basierend die Süd-Süd-Zusammenarbeit fortgesetzt. Das Spendenstichwort dafür lautet: **Haiti**

Weltgesundheit und Aufstand

Die medico-Panels auf der Konferenz „Armut und Gesundheit“

Das Motto der 17. Konferenz „Armut und Gesundheit“ – „Prävention wirkt“ – müsste im Herkunftsland des Sozialmediziners Rudolf Virchow Realität oder wenigstens unbestrittene Erkenntnis sein. Doch die Gesundheitsförderinnen und -förderer, die sich jedes Jahr bei der von „Gesundheit Berlin“

organisierten Tagung treffen, stehen immer wieder unter Druck, die Wirksamkeit von Prävention zu beweisen. Mit der Gesundheit scheint es so zu sein wie mit dem Klima. Man kennt Ursachen und Folgen von Krisen, man kennt Abhilfemöglichkeiten, aber es fehlt die Bereitschaft zum Politikwechsel. Und so wird jede angeblich wissenschaftliche Studie, die den Klimawandel bestreitet benutzt, um die Diskussion neu zu entfachen und Handlungen zurückzustellen.

Auf den medico-Panels „Globale Gesundheit und soziale Gerechtigkeit“, die ebenfalls jährlich während der Konferenz „Armut und Gesundheit“ stattfinden, kamen einige der sich daraus ergebenden Fragen zur Sprache. Der britische Gesundheitswissenschaftler und Aktivist des People's Health Movement Mike Rowson und der belgische Arzt und Gesundheits-



Foto: Occupy Philadelphia

aktivist Remco van der Pas stellten die Arbeit des People's Health Movement vor. Bei seiner Gründung im Jahr 2000 ging es eben darum, kritisches politisches Gesundheitswissen zu bewahren und in die neuen globalisierten Kontexte zu übersetzen. Van der Pas berichtete, dass die Gesundheitsaktivisten bei der Grün-

dung des PHM vor allen Dingen die Frage stellten: Wie kann der menschenrechtliche Ansatz, der mit der Alma-Ata-Deklaration von 1978 und seiner Losung „Gesundheit für alle“ eigentlich die Agenda der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sein sollte, unter den Bedingungen der Globalisierung neu gedacht und verwirklicht werden. Vor dem jungen Publikum dieses Panels machten beide Referenten deutlich, dass die weltweite Gesundheitskrise heute eine „Krise der globalen Ungleichheit“ ist. Die Ungleichheit sei, so Mike Rowson, global größer als die Ungleichheit in den einzelnen Ländern. Hier spiegelt sich bei aller zunehmenden Ungleichheit auch in den privilegierteren Ländern noch das Armutsgefälle des Nord-Süd-Konflikts, aber auch die Herausforderung, dass die Gesundheitskrise gerade für die Ärmsten der Welt nur durch globale Umverteilung zu bewältigen ist.



Foto: Reuters

Medizinische Nothilfe auf der Agora: Ärzte helfen Demonstranten auf dem Tahrir-Platz, Ägypten 2011.

Die Krise der globalen Ungleichheit und ihre Folgen für globale Gesundheit zeigt sich in der WHO, so Mike Rowson, der sich dabei auf Daten aus dem von medico mitfinanzierten Global Health Watch 2011 stützte. War die WHO vor 20 Jahren noch die dominierende Instanz für globale Gesundheit mit einem entsprechenden Budget, das von den Mitgliedsstaaten gesichert wurde, so verfügt heute ein privater Akteur wie die Gates-Stiftung über ein höheres Jahresbudget als die suprastaatliche Instanz. Hinzu komme, dass die WHO mittlerweile abhängig sei von freiwilligen Finanzierungen durch private und öffentliche Geber, die meist projektgebunden ausgezahlt würden.

Es ist gelungen, mit der Vernetzung kritischer Gesundheitsaktivisten, zum Beispiel im People's Health Movement, den menschenrechtlichen Ansatz in der Gesundheit als Ziel globaler Gesundheitspolitik zu verteidigen. Doch die Herausforderungen in der globalen Gesundheitspolitik sind durch die Vielzahl an öffentlichen und privaten Akteuren sowie der unübersichtlichen Interessenslage der einzelnen auch

höchst kompliziert geworden. So schloss Mike Rowson seinen Beitrag mit der Frage, wer denn der Adressat der Gesundheitsbewegung sein müsste.

Die WHO sei auf jeden Fall der Ort, der weltdemokratisch am ehesten legitimiert sei. Darüber waren sich die Beteiligten des Panels „Partizipation und Governance“ einig. Umso stärker sind allerdings die Versuche, die Bedeutung der gewählten Regierungen zu schmälern und den Philanthrokapitalismus, verkörpert durch Bill Gates sowie private Akteure aufzuwerten. Alle würden, so Thomas Gebauer, medico-Geschäftsführer, als „Stakeholder gleichrangig behandelt“. Diese Sprache in der Debatte um die WHO-Reform aber ist verdächtig: Stakeholder, Input – Output, Effizienz, Business-Modell – alles betriebswirtschaftliche Vokabeln, die verwandt werden, als seien sie schon Common Sense. Sie veränderten aber die institutionelle Kultur auf Dauer nachhaltig, so Gebauer. Die Gesundheitswissenschaftlerin Dr. Ilona Kickbusch äußerte sich pointiert: der vielgepriesene Multilateralismus der WHO, sei „vor allen Dingen

ein Marktmultilateralismus“. Sie forderte Rechenschaftslegung und Transparenz, um die unterschiedlichen Akteure zur Offenlegung ihrer Interessen zu zwingen. Der Konflikt lautet: öffentliche Interessen, in deren Mittelpunkt die Realisierung des verbrieften Rechts auf Gesundheit stehen, versus private, gewinnorientierte Interessen. Es geht also nicht nur um eine Demokratisierung der WHO, sondern auch um ihre Repolitisierung. „Ohne Öffentlichkeit wird das nicht gehen“, so Thomas Gebauer. Die herzustellen ist auf globaler Ebene aber eine große Herausforderung.

Wie das in geradezu ungeahnter und radikaler Weise vonstatten gehen kann, berichtete Dr. Alaa Shukralla aus Ägypten. Der seit Jahren politisch aktive Kinderarzt erläuterte in seinem analytischen Beitrag die Stationen der ägyptischen Revolution und ihre Vorgeschichte, bei der jahrelange

Gesundheitskämpfe eine große Rolle spielten. Aber niemand konnte die Macht des Tahrir-Platzes vorhersehen. „Diese Erfahrung“, so Shukralla, „kann uns keiner nehmen. Die Ereignisse in Ägypten sind ein Beweis für das völlige Scheitern des globalen Neoliberalismus“. Dieser machte sich in Ägypten durch die Verschlechterung von Bildungs- und Gesundheitswesen sowie einer wachsenden Korruption in der Polizei bemerkbar. Am Ende dieser Entwicklung stand der Aufstand. Wenn der richtige Moment, die öffentliche Bewegung und die Institution, die Träger der Veränderung sein könnte, zusammenkommen, dann hat das Recht auf Gesundheit auch global seine Chance. An dieser – noch – utopischen Schnittstelle kamen die drei medico-Panels zusammen. Erreicht ist sie nicht, aber gedacht werden muss sie. ■

Katja Maurer

Vollständige Dokumentation unter:
www.medico.de/armutundgesundheit

el salvador

Eine echte Reform

20 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs wird Gesundheit von unten praktiziert

Zwanzig Jahre nach Ende des Bürgerkriegs in El Salvador gelingt es unter der Präsidentschaft des linksliberalen Mauricio Funes endlich, soziale Programme aufzulegen, die dazu beitragen könnten, die extreme soziale Kluft in dem mittelamerikanischen Land zu verringern. Eine der wichtigsten Veränderungen findet im Gesundheitswesen statt, das in den vergangenen Jahren von Privatisie-

rungsmaßnahmen der rechtsgerichteten ARENA-Regierung geprägt war. Zum Tragen kommen nun Ideen, die bereits während des Bürgerkrieges von der Befreiungsbewegung praktiziert wurden. Zum Beispiel der Einsatz von Gesundheitspromotoren und -promotorinnen in den befreiten Zonen. medico international unterstützte diese Gesundheitsdienste damals und regte nach dem Ende der Auseinan-

dersetzungen an, die mittlerweile gut ausgebildeten und erfahrenen Promotoren und Promotorinnen anzuerkennen und in das öffentliche System zu integrieren. Zwanzig Jahre lang verhinderte dies die ARENA-Regierung. Nun wird die Idee Wirklichkeit im Rahmen der Gesundheitsreform der Funes-Regierung, in der Minister und Ministerinnen der aus der Befreiungsbewegung hervorgegangenen Partei, FMLN, die sozialen Ressorts bekleiden.

Umbau von unten

Wesentliches Element der Gesundheitsreform ist die Einführung sogenannter ECOS (Equipos Comunitarios de Salud Familiar), die sich auf der Ebene von Dörfern und Stadtteilen um die Gesundheitsprobleme der Bevölkerung kümmern. Diese Gesundheitsteams bestehen in der Regel aus einem Arzt oder einer Ärztin, zwei Krankenschwestern und eben auch aus zwei solcher Gesundheitspromotoren oder -promotorinnen. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass die Gesundheitsversorgung auch zu Menschen in armen und abgelegenen Gegenden kommt, die bisher keinen Zugang dazu hatten.

Seit Beginn der Reform nahmen 380 solcher ECOS in den 141 ärmsten Gemeinden El Salvadors ihre Arbeit auf. Hinzu kommen 28 ECOS Especializados mit Fachpersonal aus Bereichen wie Zahnheilkunde, Geburtshilfe oder Ernährungswissenschaften, die dafür sorgen, dass eine Spezialbehandlung vor Ort gewährleistet ist. Zahlreiche Promotoren und Promotorinnen, die zivilgesellschaftliche Organisationen wie die von medico unterstützte Asociación de Promotores Salva-



Krankenschwestern des ECOS San Martín.

doreños (APROCSAL) in den letzten Jahren für die Basisgesundheitsversorgung ausgebildet und eingesetzt haben, sind in die neuen ECOS eingegliedert worden. Mit dem Einsatz von 170 funktionsfähigen Krankenwagen, zu deren Einzugsgebiet auch abgelegene Dörfer gehören, wurde zudem das nationale Rettungssystem verbessert. Außerdem werden im Rahmen des Reformprozesses die sozialen Determinanten von Gesundheit angegangen und die Ursachen von Krankheiten wie verschmutztes Trinkwasser und schlechte Wohnverhältnisse bekämpft.

Das Beispiel San Martín

Am Beispiel von San Martín, einem Landkreis östlich von San Salvador, in dem fast neunzig Prozent der rund 73.000 Bewohner und Bewohnerinnen keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, lassen sich die Erfolge und Grenzen der Gesundheitsreform veranschaulichen. Zu den häufigsten Gesundheitsproblemen zählen hier Magen-Darm- und Atemwegserkrankungen, Denguefieber sowie Teenagerschwangerschaften. Mit der Gesundheitsreform wurden in San Martín drei ECOS Familiares und ein ECOS Especializado eingerichtet, deren Arbeit von lokalen Gesundheitskomitees unterstützt wird.

Im September 2011, ein Jahr nach Beginn der Gesundheitsreform, zogen das ECOS

Famliar La Flor in San Martín und das örtliche Komitee eine insgesamt positive Bilanz. Gemeinden, die vorher keinen oder nur unzureichenden Zugang zu medizinischer Grundversorgung gehabt hätten, seien in das Gesundheitssystem integriert worden, und mithilfe der Promotoren und Promotorinnen sei ein beachtlicher Ausbau von Präventionsmaßnahmen gelungen. Zugleich ist aber auch neuer Handlungsbedarf entstanden.

Durch die verstärkte medizinische Untersuchung der Menschen und die systematische Erfassung ihres Gesundheitszustandes sind nun eine Reihe von chronischen Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck und Niereninsuffizienz entdeckt worden, die weder den Menschen noch dem Gesundheitssystem zuvor bekannt waren. Das ist aus menschenrechtlicher Sicht eine gute Nachricht, denn nun entsteht Druck, diese Kranken auch entsprechend ihrer Nöte zu versorgen.

Konsolidieren statt expandieren

Gerade aber bei den Arzneimitteln ist der Bedarf der ECOS keineswegs gedeckt. Es fehlen wichtige Medikamente für die Basisgesundheitsversorgung und einfache Diagnoseinstrumente wie Stethoskope und Blutdruckmessgeräte sowie adäquate Räumlichkeiten für die Untersuchung und Behandlung von Patienten und Patientinnen vor Ort.

Die von Funes im Wahlkampf versprochene Erhöhung des Gesundheitsetats auf fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes wäre also dringend nötig. Aber gerade dieses Versprechen hat Funes nicht eingehalten, wenngleich er die Reform weiterhin unterstützt.

Ambivalenter Funes

Zwanzig Jahre nach dem Friedensvertrag vom 16. Januar 1992 fördert Präsident Funes eine linke Reform der Bildungs- und Gesundheitspolitik und verfolgt gleichzeitig eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Er bittet öffentlich im Namen des Staates für das Massaker von El Mozote – das schwerste Verbrechen während des Bürgerkriegs – um Vergebung und setzt sich gleichzeitig über den Friedensvertrag hinweg, indem er die höchsten Posten in Justiz- und Sicherheitsministerium wie Nationalpolizei mit Militärs besetzt.

Bei aller Skepsis ist die kritische Gesundheitsbewegung in El Salvador jedoch froh über die Fortschritte seit 2009, denen viele Jahre politischer Basisarbeit vorausgegangen sind. Gleichzeitig ist sie sich bewusst, dass die Nachhaltigkeit des angestoßenen Reformprozesses noch offen ist. Gesundheit wird in El Salvador ein zentrales Kampffeld bleiben, erst recht nach den Ergebnissen der jüngsten Parlamentswahlen, bei denen die regierende Linkspartei eine herbe Niederlage einstecken musste. ■

Ramona Lenz

Projektstichwort

Das heutige El Salvador ist ein Beispiel für eine Gesundheitsreform von unten, die die Nöte der Ärmsten zum Ausgangspunkt nimmt. medico unterstützt in diesem exemplarischen Reformprozess die Gesundheitsaktivisten und -aktivistinnen des Foro Nacional de Salud bei der Organisation lokaler Gesundheitskomitees, der Durchführung von Studien über die aktuelle Gesundheitssituation, der Fortbildung von Personal im Gesundheitswesen und der nationalen wie internationalen Vernetzung. Stichwort: **El Salvador**



symposium
stiftung
medico
international
2012

Das Unbehagen in der Globalisierung

Ein Austausch über Ursachen psychischen Leids und emanzipatorisches Handeln

Freitag, 11. Mai 2012 • 10.30 – 17.30 Uhr

Bürgerhaus Saalbau Gutleutviertel • Rottweiler Str. 32 • 60327 Frankfurt

Zu den kaum thematisierten Begleiterscheinungen der ökonomischen Globalisierung gehört die Zunahme von psychischen Erkrankungen. Depression, so belegen es Studien der WHO, hat sich zu einer führenden Weltkrankheit ausgebreitet, die längst auch Afrika, Asien und Lateinamerika erfasst hat.

Es scheint, als ob die Deregulierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse auch zur Deregulierung dessen geführt hat, was die „psychische Repräsentanz“ der Verhältnisse im Inneren der Menschen genannt wird.

Diesen gesellschaftlichen Ursachen des heutigen seelischen Leidens will das Symposium in seinen globalen Dimensionen mit einer kritischen Bestandsaufnahme nachspüren und die Folgen für eine emanzipatorische Arbeit, wie medico sie zu leisten sucht, erörtern. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit der Frage nach der Pathologisierung sozialer Missstände.

Zugleich gilt es über angemessene Formen psychosozialer Unterstützung nachzudenken. Das Symposium geht deshalb der Frage nach, wie Menschen in diesen Verhältnissen Anerkennung, Ermächtigung und Würde zurückgewinnen können.

10.30 - 11.00 Uhr:

- Kurze Begrüßung
- **Einführung** ins Thema (Thomas Gebauer, Geschäftsführer, medico international)

11.00 - 13.00 Uhr:

DEPRESSION, TRAUMA, ADHS

Pathologien und Pathologisierungen

- **Depression** – am Beispiel der Nutzung von Psychopharmaka in Indien
Stefan Ecks, Medizinethnologe, School of Social and Political Science, University of Edinburgh
- **Trauma** – biomedizinische Krankheitsbilder im Kontext struktureller Gewalt
Ariane Brensell, Psychologin und Politikwissenschaftlerin, Hochschule Ludwigshafen und Lara e.V., Verein gegen sexuelle Gewalt
- **ADHS** – Normalitätskonstruktionen und kulturelle Abwehrmechanismen
Yvonne Brandl, Psychologin, wiss. Mitarbeiterin Projekt Kinderschutzportal, Universität Münster
- **Psychoziale Hilfe** – Professionalisierung als Empathievermeidung
Usche Merk, Fachreferentin für psychosoziale Arbeit, medico international

13.00 - 14.00 Uhr:

Mittagspause

14.00 - 15.30 Uhr:

Hilfe zwischen Kritik und Verteidigung

Arbeitsgruppen zur Vertiefung mit Beteiligung der Referentinnen und Referenten

15.30 - 16.00 Uhr:

Kaffeepause

16.00 - 17.30 Uhr:

ANERKENNUNG, ERMÄCHTIGUNG, WÜRDE

Was sind angemessene Strategien in der Praxis?

- **Das Subjekt im Fokus** – psychosoziale Arbeit mit sozialen Organisationen in Nicaragua
Martha Cabrera, Psychologin, ehem. Leiterin Centro Ecuménico Valdivieso, Managua
- **Der Kampf um Anerkennung** – die Anfal-Frauen in Kurdistan Nord-Irak
Karin Mlodoch, Psychologin, wiss. Mitarbeiterin Zentrum Moderner Orient und Haukari e.V., Berlin
- **Kriminalisiert, brutalisiert, stigmatisiert** – wie aus Deutschland abgeschobene Asylbewerber in Sierra Leone um ein öffentliches Sprechen ringen
Tejan Lamboi, Sozialwissenschaftler und Journalist, Berlin

Ausklang

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: unter www.medico.de finden Sie über „Kontakt Service Presse/Publicationen & Material“ die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



medico-Jahresbericht 2010

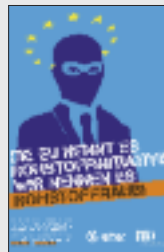
(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Fluchtursache Reichtum

Migration und Rohstoffhandel in Afrika

(44 S.) Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.



Auf Rohstoffraub

Kampagnenmaterial zur EU-Rohstoffinitiative

Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen. Die EU sichert sich den schrankenlosen Zugang. Verlierer sind die Länder des globalen Südens. Attac und medico fordern mit der Kampagne gegen Rohstoffraub eine radikale Abkehr von der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Bestellen Sie Plakate, Flyer oder Aufkleber.

Reisen in die Zivilgesellschaft

medico-Projekte und ihre Kontexte aus der Nahsicht

Im Rahmen der „Reisen in die Zivilgesellschaft“, die die Berliner tageszeitung veranstaltet, werden auch regelmäßig Projektpartner von medico besucht. Im Februar fand die erste Reise nach Guatemala statt: unter Leitung unseres medico-Kollegen vor Ort, Dieter Müller. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren begeistert – eine Neuauflage ist für Februar 2013 geplant. Die Zusammenarbeit von taz und medico hat sich insbesondere bei den Reisen nach Palästina/Israel bewährt. Dazu gehört auch ein Angebot mit Fokus auf Architektur und Stadtplanung (weitere taz-Reisen mit diesem Schwerpunkt: nach China, Moskau und Istanbul). Die Reisenden dieser Palästina-Exkursionen als auch einer Libanon-Tour – ebenfalls in Kooperation mit medico und mit Besuch von medico-Projekten – erhalten zudem die Chance, den arabischen Aufbruch vor Ort zu erleben.

Weitere Informationen unter www.taz.de/tazreisen



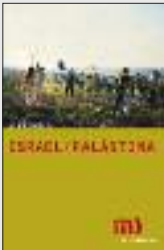
Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



medico-Kurzvorstellung

(16 Seiten, DIN A6) Hilfe in der Not ist unumgänglich. Ein politisches Verständnis von Hilfe geht aber darüber hinaus. medico und seine Partner stellen sich in 12 Projektbeispielen vor.



Stichwort Israel / Palästina

(20 S. DIN A5) Partnerportraits und exemplarische Beispiele der medico-Projektarbeit in Israel und Palästina, verbunden mit einer Postkarte zum Weiterschicken.



Stichwort Pakistan

(16 S. DIN A5) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Pakistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Konzept kritischer Nothilfe.



WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

(DIN A1) Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen.
Spendenstichwort: Migration.

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Jahresbericht 2010
- _____ Broschüre: Fluchtursache Reichtum
- _____ Auf Rohstoffraub: Plakat DIN A2
- _____ Auf Rohstoffraub: Flyer (8 Seiten)
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ medico-Kurzvorstellung
- _____ medico-Stichwort: Israel / Palästina
- _____ medico-Stichwort: Pakistan
- _____ medico-Stichwort: Haiti
- _____ medico-Stichwort: Afghanistan
- _____ Plakat WHY? DIN A1
- _____ medico rundschriften 03 | 11
- _____ medico rundschriften 04 | 11
- _____ medico-Plakate Gesundheit DIN A1

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie, statt einer Spende – die unmittelbar in die Projektförderung fließt – über eine Einlage in die stiftung medico international – deren Wirkung auf Dauer angelegt ist – nachdenken, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Sie können sich auch direkt an Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 944 38-28 oder per Email: kortas@medico.de

impresum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung: ostpol



Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

13-03-2012

**Sehr geehrte Unterstützerinnen und Unterstützer,
liebe Freundinnen und Freunde,**

Zusätzlich zu unserem ausführlichen Rundschreiben informieren wir etwa einmal monatlich kurz und knapp per Email über aktuelle Themen aus unserer Arbeit und Veranstaltungen in Ihrer Nähe. Der Email-Versand ermöglicht es uns Kosten für Druck und Versand zu sparen. Selbstverständlich achten wir penibel auf Ihre Daten und geben Email-Adressen an niemanden weiter.

Herzlichen Dank und freundliche Grüße
Bernd Eichner
medico international

aktuelles:

Jetzt den medico-Newsletter bestellen!

Aktuelle Informationen und Veranstaltungen

Bestellen Sie den medico-Newsletter, unter www.medico.de/anmelden
(bitte wenn möglich Spendernummer angeben).

[Mehr zum Thema ...](#)

Download: Global Health Watch 3

Der alternative Weltgesundheitsbericht als kostenloses PDF

[Mehr zum Thema ...](#)

**Video: Guatemaltekischer TV-Sender berichtet über taz-Reise
zu ACCSS in San Pablo, Ixcán**

Mittelamerika-Blog von Dieter Müller

[Mehr zum Thema ...](#)

Audio: Diskussion zur Finanzkrise im Hausblog

Thomas Gebauer (medico) im Gespräch mit Elmar Altvater (attac) und
Costantino Gianfrancesco (Occupy)

[Mehr zum Thema ...](#)

Presse: Daimler und Rheinmetall unter Druck

General Motors entschädigt südafrikanische Apartheidopfer

[Mehr zum Thema ...](#)

The war of the others

GENERATION KUNDUZ

Der Krieg der Anderen



A film by Martin Gerner

GENERATION KUNDUZ – DER KRIEG DER ANDEREN ist der einzige deutsche Kinofilm, der eine junge Bevölkerung in Kunduz ohne Begleitung durch NATO-Militär portraitiert.

Die Daten und Termine der bundesweiten Kinotour finden Sie unter www.medico.de oder unter www.generation-kunduz.com